

183 // November / Dezember 2014

Werte Genoss_innen,

ihr haltet nun unsere letzte Zeck für dieses Jahr in eurer Hand. Lasst euch erinnern, dass auch die Inhalte in eurer Hand liegen.
In den letzten zwei Monaten ist einiges geschehen in Hamburg und in der Weltgeschichte und wir mussten uns das ein oder andere wieder selbst zusammensuchen.

Zum Beispiel haben wir 2 Texte zu Kobane herausgesucht, dabei gab es viele weitere inhaltliche und aktionistische Artikel zu dem Thema.
Und hoffentlich haben wir alle Angriffe und DirectActions gefunden. Sonst sendet sie uns einfach zu … Der nächste Einsendeschluss ist am 20. Dezember 2014.

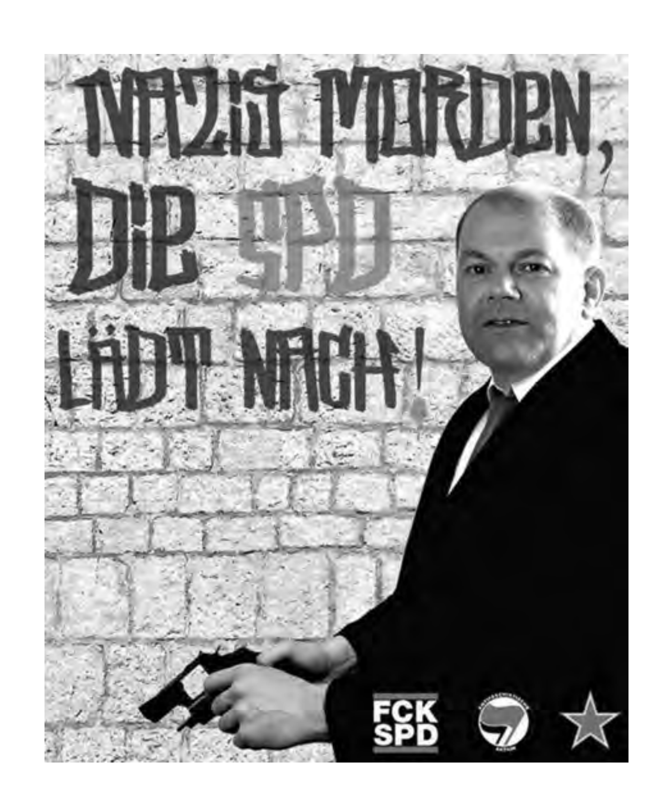
Sehr enttäuscht sind wir von den Organisator innen der Lesbisch-Schwulen-Filmtage, während breite Teile der Hamburger innen sich mit Lampedusa solidarisieren, gebt ihr Olaf Scholz den Raum für seine Schmalz-Tiraden. Wir gehen noch weiter als der Beitrag einiger Flora-Aktivist innen, den ihr auf einer Seite findet: Egal ob aus finanziellen oder Anerkennungsgründen, das kommt einer Entsolidarisierung gleich!

Solidarische Grüße an das „Autonome Blättchen", das unter akutem Geldmangel leidet und möglicherweise die Produktion einstellt. Das wäre unendlich schade!!
Blättchenmacher innen haltet durch!
Leser innen spendet!
(An uns wie immer auch … ;)

Angelehnt an ein Resümee von Oz in einem Interview sagen wir für dieses Jahr: „Wir haben uns ganz gut geschlagen; könnte schlimmer sein."

Dann wünschen wir euch mal heiße Weihnachten und erfolgreiche Knastkundgebungen.

Stay rude stay rebel!



Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt — **Seite**

KURZES

Bullenwage klauen und Adorno rezitieren?

Kongress am 08.11.
Workshopphase I- 13 Uhr
- (Anti-)Sexismus und alltägliches Handeln
- Streiken bis zum Kommunismus

Workshopphase II - 15.30 Uhr
- Kritik wie geht das?
- Geschichte und Praxis von Besetzungen in Hamburg

Podiumsdiskussion 18 Uhr
Move your ass and your mind will follow? Krise, Kritik und Krawall

mehr Infos: grow.noblogs.org

++++++++++++++++++++++++

BY ALL MEANS NECESSARY

Kurzaufruf zur autonomen Antifakampagne gegen den Naziaufmarsch im Januar 2015 in Magdeburg

Am 16.Januar 2015 jährt sich zum 70. Mal die Bombardierung Magdeburgs. Diesen Anlass nutzen Nazis seit 1998 für ihre „Gedenkmärsche". Inhaltlich setzen sie sich damit in direkte Kontinuität zum historischen Nationalsozialismus. Der Aufmarsch dient regional und bundesweit als identitätsstiftendes, nationalsozialistisches Event. In den vergangenen Jahren hat er sich mit einer Teilnehmendenzahl von rund 1000 Nazis zum größten regelmäßigen Naziaufmarsch in der BRD entwickelt. Nur an wenigen anderen Orten schafft es die Naziszene derzeit, bei politischen Veranstaltungen personelle Stärke nach außen zu demonstrieren. Zum 70. Jahrestag der Bombardierung rechnen wir mit einem weiteren Anstieg der Teilnehmendenzahl. Es gilt, den Nazis diesen Ort der politischen Reproduktion ihrer Szene zu nehmen – mit allen notwendigen Mitteln.

Staat und Nazis – Hand in Hand
Dass sich der Magdeburger Naziaufmarsch zum größten unblockierten Aufmarsch entwickelt hat, liegt unter anderem am Verhalten von Polizei, Stadtverwaltung und Innenministerium. Das Innenministerium sieht in dem jährlichen Großaufmarsch vor allem ein verwaltungstechnisches Problem und setzt alle Anstrengungen daran, den Nazis den Aufmarsch zu ermöglichen. In den vergangenen zwei Jahren konnte der Anmelder Andy Knape jeweils spontan aus mindestens sieben angemeldeten Routen wählen und so dem antifaschistischen Protest aus dem Weg gehen. Zu Hilfe kommt ihm das weitläufige S-Bahnnetz, mit welchem durch eingesetzte Sonderzüge acht Magdeburger Bahnhöfe als potentielle Auftaktkundgebungsorte zur Verfügung stehen. Den Ablauf des Aufmarsches sichern bis zu 3000 Polizeibeamte ab.

Their laws are not our rules
In Magdeburg gibt es starke Bemühungen, den Naziaufmarsch mittels friedlicher Blokkaden zu stören. Die beiden Blockadebündnisse werden im Januar 2015 mehrere tausend Menschen für ihre Aktionen mobilisieren. So weit, so gut.
Für uns steht fest, dass sich eine antagonistische Politik gegen Nazis und Rassismus nicht in legalistischen Aktionsformen erschöpfen kann. Die Wahl unserer Mittel richtet sich ausschließlich nach unseren Analysen und Inhalten. Um den Großaufmarsch im Januar 2015 zu verhindern, braucht es ein möglichst vielfältiges, spontanes und ideenreiches Aktionsspektrum. Direkte Aktionen sollten als Teil dieser Aktionsbandbreite mitgedacht und forciert werden.

365 Tage offensiv –
Gegen Staat und Kapital
Selbstverständlich kann der Naziaufmarsch nicht analysiert werden, ohne ihn innerhalb der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verorten. Das betrifft zum einen die rassistische Grundstimmung in Sachsen-Anhalt, welche die Basis für oftmals erfolgreiche Nazi-Agitationen bildet. Gleichzeitig darf die ökonomische Verfasstheit dieser Gesellschaft nicht außer acht gelassen werden. Nationalismus, Konkurrenz und Rassismus haben spezifische Funktionen innerhalb des derzeitigen Kapitalismus. Diesen inhaltlichen Fragen werden wir uns in Form von Veranstaltungen, Texten und anderen Veröffentlichungen aus einer linksradikalen Perspektive nähern. Die Veranstaltungsreihe soll vor allem in der Region Magdeburg politische Akzente setzen, um den Fokus auf die Verhinderung des Naziaufmarsches nicht zum politischen Tunnelblick werden zu lassen.

Januar 2015 – Naziaufmarsch in Magdeburg verhindern!
Wir werden im Januar 2015 aus möglichst vielen Städten und Regionen anreisen, um in Magdeburg einen starken antifaschistischen Widerstand auf die Straße zu tragen. Gegenüber den Blockadebündnissen streben wir eine solidarische und pragmatische Zusammenarbeit an. Wir freuen uns über jede Gruppe, die unsere Kampagne mit einer organisierten Anreise unterstützt.

Prozesstermine zum Castor 2011 und AZ Altona

Am 23. April 2011 wurde das ehemalige, seit Jahren leerstehende Finanzamt in Hamburg-Altona von Aktivist_innen besetzt. Im gleichen Jahr wurde der Castortransport ins Wendland am bisher längsten gestoppt. Nach einem angenommenen Befangenheitsantrag finden nun mit neuem Richter Verhandlungen gegen eine*n Aktivist*in statt. Ihm*Ihr wird vorgeworfen, beim Castor Autoreifen auf eine Straße vor Polizeiwagen geschmissen zu haben, sowie Hausfriedensbruch bei der Hausbesetzung in Altona. Die Anklagen wurden in einen Prozess zusammengelegt.
Das lassen wir uns nicht bieten und rufen zur kreativen Begleitung der Prozesse auf! Warum wird hier wer kriminalisiert? Wie können wir uns unterstützen und wer ist wir?
Wo gibt es noch Protest und was fehlt? Wer erinnert sich an was, wie und wo?
Lasst uns fragen stellen! Lasst uns die Chance nutzen und an das Autonome Zentrum Altona und den vielfältigen Widerstand im Wendland erinnern! Lasst uns Proteste verbinden und uns jede Repression wieder zunutze machen!
Es sind 3 Prozesstermine angelegt: Jeweils um 9:00, Sievekingplatz 3(Strafjustizgebäude), Sitzungssaal 292/1.Stock: 04.11., 11.11., 20.11.

++++++++++++++++++++++++

Antimilitaristisches Treffen

Deutschland führt Krieg! Die Bundeswehr wird umgebaut zu einer Armee im globalen Kriegseinsatz, auch im Inneren wird das Militär immer präsenter und wirbt um gesellschaftliche Akzeptanz. (...) Verstärkt kommt es zu einer Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Firmen in Forschung und Produktion, deutsche Konzerne verdienen Milliarden mit Rüstungsexporten. Auch Hamburg ist ein zentraler Ort der Kriegsproduktion, -planung und -vorbereitung.
Wir sind ein offenes Treffen für Alle, die antimilitaristisch aktiv werden wollen. Gemeinsam wollen wir uns mit den Ursachen für Krieg und Militarisierung auseinandersetzen und den Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus – den bestehenden Herrschafts- und Produktionsverhältnissen – aufzeigen. Wir diskutieren, nehmen an Aktionen teil oder organisieren selbst welche und wollen eine antimilitaristische Praxis stärken.
jeden ersten Montag im Monat um 19 Uhr - Planwirtschaft - Klausstraße 10

22 Jahre zeck – Rückblick Nr. 8 & 9

Vor 22 Jahren, genauer gesagt ab März 1992 erschien zum ersten Mal die ZECK. Wir nehmen diese Jährung zum Anlass für einen Rückblick auf die hartnäckige Infozeitschrift der Roten Flora und lassen die politischen Diskussionen rund um die linke Szene in Hamburg anhand der Lektüre der damaligen Zeck Revue passieren.

Aufgrund der andauernden Vertragsgespräche gibt es einen Artikel zum Stand bezüglich der Roten Flora. 3 Jahre nach der Besetzung gab es im Plenum keinen Konsens für oder gegen Verhandlungen, aber zumindest konnten Grundsätze herausgearbeitet werden, von denen die Florist_innen nicht abweichen würden: Beibehaltung der Selbstbestimmungsstruktur, keine bezahlten Stellen, Übernahme der Renovierungskosten in voller Höhe und keine Einflussmöglichkeit des Senats bei inhaltlicher Arbeit der Flora.



In der nächsten Ausgabe der Zeck zeigte sich dann, dass es ein vorerst letztes Gespräch mit der Stadtentwicklungsbehörde gab. Der Senat besteht auf einen zweiten Träger für eine Kindertagesstätte im ersten Stock der Flora, was die Besetzer_innen ablehnten. Sie planten eine offene Kinder/Elterngruppe und Raum für Veranstaltungen von bestehenden Kinderläden und Initiativen vom Senat ausgeschlagenes Kompromissangebot, war ein Anbau mit eigenem Träger.
Seit einiger Zeit fühlte sich die Flora-Öffentlichkeitsgruppe überlastet. Mit Ende der Verhandlungen wollten sie aber alles an die Ö-Arbeit zur Durchsetzung der Flora setzen.

Ein Artikel der Zeck Nummer 8 informiert über „Faschistische(n) Terror in Niendorf“: am 14.9. wurde das wöchentlichen Treffen der Antifa von Faschos überfallen, zwei von ihnen in SA-Uniformen. Die Faschos jagten die Antifas mit Motorrädern durch den Stadtteil und verletzten drei von ihnen. Nach einer Gegenkundgebung wurden erneut drei Leute auf dem Nachhauseweg angegriffen.

Im Unterstützungsaufruf für ein „Bleiberecht für die Flüchtlinge in der Schanzenstraße 2-4 geht es um Familien und Einzelpersonen im Duldungsstatus, die nachdem das Bezirksamt Mitte die Unterkunft kündigte, in eine Sammelunterkunft sollten. Daraufhin wurden im Viertel 200 Unterschriften fürs Bleiben gesammelt. Es folgt eine Erörterung zum Begriff Rassismus.
Sehr interessant ist der Artikel zur Soli-Aktion einer jüdischen Organisation für Roma und Sinti in Rostock. Die „Vereinigung der Söhne und Töchter der deportierten Juden in Frankreich“ schrieb an den Bürgermeister von Rostock einen Brief und drückte darin ihre Solidarität gegenüber Sinti und Roma aus, die von der Ausweisung aus Deutschland bedroht waren. Sie kündigte an, am 19. Oktober 1992 nach Rostock zu fahren und eine Mahntafel anzubringen, die auf die Kontinuitäten deutscher Politik hinweisen sollte. Der Bürgermeister antwortete nicht. Die Demonstranten brachten die Gedenktafel im Rathaus tatsächlich an und hängten aus dem Franktionssaal der CDU ein Transpi aus dem Fenster, bevor sie mit Schlagstöcken aus dem Haus getrieben und auf dem Weg zu den Bussen festgenommen wurden. Wie zu erwarten nahm die Stadt die Tafel wieder ab.

Desweiteren befindet sich in dieser Ausgabe ein Aufruf des antifaschistischen Bündnisses gegen den Aufmarsch von Neonazis in Halbe, die regelmäßig Bezug auf die letzte große Kesselschlacht des 2. Weltkrieges nehmen. In dem Kessel starben 60.000 von 200.000 deutsche Soldaten in einen aussichtslosen Kampf. Während der DDR-Zeit wurde die Gedenkstätte auf dem Friedhof verschwiegen und von Neofaschos als heimlicher Wallfahrtsort genutzt. Sie gruben dort sogar nach Kriegsgeräten der Wehrmacht. Seit 1990 hatten dies eine neue Dimension erhalten. Ein großem Bündnis propagierte (und das auch heute noch) dort einen Heldengedanktag. Am selben Tag zur anderen Zeit ehrte dort die Bundeswehr die Gefallenen. Bis zu 1000 alte und neue Faschisten aus der BRD, Belgien, Frankreich, Spanien und Niederlanden versammelten sich 1992 dort.

In der Zeck Nummer 9 vom Dezember 1992 schreibt die Redaktion im bereits im Intro über den Mord an Silvio in Berlin. Er hatte mit Freund_innen eine Info-VA in der Flora gemacht und war mit einigen Leuten aus der Flora in Kontakt geblieben. Die Zeck schreibt: „Silvio ist tot. Wandeln wir Wut und Trauer in Widerstand!“



Ergänzend zu dem tödlichen Faschoangriff auf Silvio und seine Genoss_innen (ein weiterer schwebte vorübergehend in Lebensgefahr), beschreibt der Artikel „Großdeutschland“ die Mordanschläge in Mölln kurz drauf. Dort warfen Neonazis Brandsätze in Wohnhäusern. Drei Menschen verbrannten. Daraufhin gab es am selben Abend eine Demo, Schüler_innen boykottierten den Unterricht, Migrant_innen gingen nicht zur Arbeit oder ließen ihre Geschäfte zu. Der Artikel prangert die Scheinheiligkeit von Medien und Herrschenden wird an, wenn ein Ei-Wurf auf einen Bundespräsidenten hohe Wellen schlägt, während zum Tod der Migrant_innen nur traurig geguckt würde.

Ein längerer Artikel befasst sich mit der Spaltungspolitik der SPD, bzw der Verlokkung Gelder für „soziale Brennpunkte“ abzustauben und ruft zum Stadtteilplenums im Schanzenviertel auf.

Amüsant ist eine erste Erklärung zum Übersprühen eines Transparentes: Auf einem Transpi der Antifa Schanzenviertel stand: „Die BRD ist ein Unrechtsstaat, Freiheit für Erich Honecker und alle anderen inhaftierten Antifaschisten“.

„Erich Honecker wurde mit G. Bögelein“ übersprüht und dem Wort „Antifaschisten wurde die weibliche Form hinzugefügt sowie die Unterschrift geändert. Die Vorgeschichte war, dass auf einem ersten Transpi noch von „Erich Honecker und Gerhard Bögelein“ die Rede war. In Bezug auf berechtigte Kritik an Honecker hängten einige Leute dazu ein Transpi, auf dem stand: “dieser Spruch ist ein bißchen daneben“. Letzteres wurde von der Antifa abgenommen, woraufhin auch das Banner der Antifa verschwand.
Zwischenzeitlich merkte Gerhard Bögelein, der u.a. in der DDR in der Psychatrie saß, dass er nicht mit Honecker in einer Parole genannt werden wolle. Auf einem neuen Transpi schrieb die Antifa Schanzenviertel also nur Honecker drauf.
Im weiteren Verlauf der Erklärung legen die Aktivist_innen gegen das Honecker-Transpi klar, warum sie die DDR und Honecker nicht antifaschistisch fänden. Dabei räumen sie aber auch ein, dass die Form der Auseinandersetzung nicht förderlich war. In der nächsten Zeck meldete sich die Antifa Schanzenviertel und erklärte die Situation aus ihrer Sicht, sowie ihre Arbeit zum Prozess gegen Honecker.

Der erste Freispruch für einen Totalverweigerer seit Einführung der Wehrpflicht in der BRD 1956 konnte für Christian Heil erreicht werden. Christian hatte Anfang Januar 1990 vierzehn Tage vor dem Golfkrieg seinen Zivil-Dienst mit Hinweis auf die zivil-militärische Verplanung des „Ersatzdienstes“ abgebrochen. Das Gerichtsverfahren konnte durch die Thematisierung des Gewissensbegriff sowie die politische Überzeugung gewonnen werden.

Unter dem Titel „Kampf den Börsen, Banken und dem Bumskommerz“ ist ein Redebeitrag zur Demo gegen 500 Jahre Kolonialismus am 12.10.92 abgedruckt. Er befasst sich mit Sexismus als Pfeiler des weltweiten Unterdrückungssystems. Bei sexistischer Unterdrückung und Ausbeutung gehe es nicht bloß um die Herrschaft einzelner Männer gegenüber einzelnen Frauen, sondern vor allem um staatlich institutionalisierte Herrschaft über Frauen in der Geschichte ebenso wie in der Gegenwart, wo z.B. Weltbankauflagen „bevölkerungsreduzierende Maßnahmen“ forderten. Nach einer Argumentationskette wunderten sich die Verfasser_innen darüber, dass bei antiimperialistischen Demos über die Reeperbahn selten eine Scheibe zu Bruch gehe.

Zu guter Letzt finden wir in der neunten Zeck-Ausgabe noch eine Rückmeldung vom Laue Bündnis, das am 11.11. um 11 Uhr 11 einen „krachwalistischen Karnevalsumzug“ von der Moorweide bis zum LAUE-Komplex mit durch den Regen ziehenden maskierten Exkationsjeck_innen veranstaltete.

Erklärung von Aktivist_innen der Roten Flora

zur Rede von Olaf Scholz zur Eröffnung der Lesbisch-Schwulen-Filmtage

Wir freuen uns, dass die Lesbisch-Schwulen-Filmtage (LSF) auch in diesem Jahr wieder Station in der Roten Flora machen. Wer die Geschichte der LSF in den letzten Jahren verfolgt hat, weiß, dass die Rote Flora sich von Anfang an diesem Festival verbunden gefühlt hat. Umso mehr ärgert uns die gemeinsame Entscheidung des Organisationsteams, zur Eröffnung des Festivals den 1. Bürgermeister Olaf Scholz sprechen zu lassen. Diese Einladung ist unser Meinung nach politisch falsch, instinktlos und ein überflüssiges Ärgernis.

Zunächst zur Klarstellung:
wir wissen nur zu gut, was Realpolitik ist. Wir können nachvollziehen, dass es ein starkes politisches Signal sein kann, wenn ein 1. Bürgermeister nicht mehr an einem, wichtigen politischen und kulturellen Ereignis wie den LSF vorbeikommt. Die Hoffnung, dass damit auch wichtige politische Anliegen mehr Gewicht in der politischen Auseinandersetzung bekommen, können wir verstehen. Trotzdem hat unseres Erachtens Olaf Scholz derzeit kein politisches Forum auf einer Eröffnungsveranstaltung wie der des LSF verdient. Seine Haltung in der Flüchtlingspolitik im Allgemeinen und in der Frage des Bleiberechts der Lampedusagruppe im Besonderen ist für uns nicht akzeptabel. Seine politische Verantwortung für die mittlerweile als Folter geächteten und in Hamburg im Falle Achidi Johns tödlich verlaufenden Brechmitteleinsätze haben wir nicht vergessen.
Sein SPD-Senat steht darüber hinaus für eine Politik der Spaltung in dieser Stadt, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Deswegen finden wir die Einladung politisch falsch.

Sie ist zudem instinktlos, weil seit über einem Jahr die Lampedusagruppe vergeblich direkte politische Gespräche mit dem Hamburger Senat fordert. Für uns ist es ein Akt der Solidarität, politischen Repräsentanten, die sich dieser Forderung durch beharrliche Ignoranz verweigern, kein Forum zu bieten. Wer sich seinerseits dem politischen Diskurs in der dramatisch zugespitzten Flüchtlingsfrage verweigert, der sollte keine Gelegenheit zur Selbstdarstellung und eine Plattform für Wahlkampfauftritte bekommen.

Schließlich finden wir die Sache ein überflüssiges Ärgernis, weil sie die politischen Konfrontationslinien verwischt – jedenfalls sahen wir uns bisher mit den LSF in einer kritischen Haltung und im Widerspruch zu einer etablierten Politik der Spaltung und programmatischen Ungleichheit, für die der Hamburger Senat mit Olaf Scholz steht.
Wir wollen uns daher gar nicht gegen das Team der LSF wenden, sondern hoffen nach wie vor auf eine gemeinsame und vielstimmige Gegner_innenschaft zu Scholz und der von ihm verantworteten Politik!

Ein letztes Wort:
ganz vielleicht ist die Einladung an Scholz ein Hinweis auf eine Entwicklung, von der niemand gefeit ist und mit denen Projekte wie der LSF, aber auch wir aus der Roten Flora, sich immer wieder selbstkritisch auseinandersetzen müssen, nämlich der Wunsch, manchmal einfach nur gemocht werden zu wollen. Es ist der Wunsch, politisches Dagegenhalten und radikale Haltungen mit all den Mühen und Konfrontationen zu tauschen mit realpolitischen Kompromissen oder der verlockenden Bequemlichkeit von Fördertöpfen. In diesem Sinnen wünschen wir uns, das die LSF das andere, politisch kritische queere Festival einer Gegenöffentlichkeit bleibt und u.a. gemeinsam mit der Roten Flora als besetzten und unverträglichen Ort eine lange und glückliche kämpferische Zukunft haben wird.

Ein Mensch ist illegal!
Flüchtlinge bleiben!
Für eine andere solidarische Gesellschaft!

Solidarität mit den Betroffenen des Breite-Straße-Verfahrens!

Am 27. August 2014 wurden in Hamburg, im Umfeld des zuvor besetzten und seit Jahren leer stehenden Hauses in der Breite Straße 114, fünf Personen festgenommen. Die richterliche Anhörung vor der Haftrichter_in über die Fortdauer der freiheits entziehenden Maßnahme wurde auf den spätest möglichen Termin, zwei Tage später, festgesetzt. Allen Fünfen wurde der Tatvorwurf des versuchten Totschlags, der gefährlichen Körperverletzung, des schweren Hausfriedensbruchs und des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte gemacht. Während der Anhörung fanden gleichzeitig Hausdurchsuchungen statt. Die Anwält_innen wurden vor die Wahl gestellt, Rechtsbeistand bei der Hausdurchsuchung oder bei der Anhörung zu leisten. Ein Beistand bei der Hausdurchsuchung wurde so unmöglich.
Zwei der fünf Beschuldigten wurden in U-Haft genommen, die anderen drei mussten bis zum Ende der Squatting Days am 31. August in Anschluss gewahrsam verbleiben.

Die Verteidiger_innen schreiben in ihrer Presseerklärung anlässlich dieser ersten Anhörung1: „Der Umgang von Polizei und Justiz mit allen fünf Betroffenen war von nicht nachvollziehbaren Verzögerungen und Beschränkungen von Verteidigungs¬ rechten geprägt. (…) So wurde erst Akteneinsicht gewährt, nachdem die Verteidigung mehrfach und eindringlich auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aus den letzten Jahren hinwies, (…). Für {die} Akteneinsicht in eine mehrere hundert Seiten umfassende Akte wurde lediglich eine halbe Stunde gewährt."

http://breitesoli.noblogs.org/

Bei den Haftprüfungen am Mittwoch (10.9.) und Donnerstag (11.9.) konnte ein Beschuldigter den Knast unter Auflagen verlassen, der andere (Jakob) ist nach wie vor in U-Haft.
Das seit der Räumung laufende Ermittlungsverfahren ist juristisch hoch gehängt. Dieses Verfahren ist offensichtlich vorrangig politisch gewollt und geht weit über die fünf bislang Beschuldigten hinaus. Die Haftprüfung in der gegen Jakob, ohne belastbare juristische Begründung, U-Haft verhängt wurde, unterstreicht die Ernsthaftigkeit, mit der das Verfahren politisch voran getrieben wird.
Die Ermittlungsbehörden werden auch weiterhin alles dafür tun, ihr mit dem Vorwurf des versuchten Totschlags hoch gestecktes Ziel, "endlich mal" jemand dran zu kriegen und zu verknacken zu erreichen.
Am Freitag (12.09.) gab es eine weitere Hausdurchsuchung gegen eine Person jenseits der zuvor fünf Betroffenen. Auch Observation gegen Personen innerhalb und außerhalb deren näherem Umfeld fanden und finden statt. Weitere Hausdurchsuchungen und Beschuldigte können in diesem Verfahren jederzeit hinzukommen.
„Betroffen sind wenige, gemeint sind wir alle" ist in diesem Zusammenhang mehr als ein schön klingender Slogan, der Angriff der Repressionsorgane richtet sich gegen die gesamte Bewegung und kann als solcher auch nur gemeinsam zurück gewiesen werden.

Dieses Verfahren richtet sich gegen jede Form von Besetzungen, jede Form von Raumnahme. Es soll verdeutlichen, wer das Staatliche Gewaltmonopol in Frage stellt, dem zeigt das Repressionssystem seine gesamte Härte.
Solange Besetzungen kriminalisiert werden und Leerstand nicht nur legal ist, sondern finanziell belohnt wird, während Wohnraum und Raum zur freien Entfaltung immer knapper bzw. unbezahlbar wird, spitzt sich der Kampf um Raum weiterhin zu.
Ein staatliches System, das auf verschiedensten Ebenen immer wieder deutlich macht, dass Gewinnmaximierung und Eigentum weit wertvoller sind als das körperliche Wohlergehen, übt permanent Gewalt aus. Sei es durch das Regelwerk beim Bezug von Arbeitslosengeld II, bei den Kürzungen im sozialen und pädagogischen Bereich oder bei der Zwangsräumung von Wohnungen. Die Mittel des Staates sind immer die Gleichen. Repression statt sozialstaatlicher Zuwendung: Kürzung der Bezüge, Knast für Schulschwänzer_innen und für Menschen, die sich kein HVV Ticket leisten können oder wollen, Polizeigewalt im Alltag und auf Demonstrationen. Listen die sich endlos fortführen lassen.

Vor diesem Hintergrund liegt die Infragestellung des Gewaltmonopols auf der Hand. Bei der politischen Intensität mit der das Verfahren betrieben wird, ist wie sonst auch zu beachten:
Keine Aussagen, keine Spekulationen.

Es ist jederzeit möglich, dass es zu weiteren Hausdurchsuchungen, weiteren Beschuldigten, oder Zeug_innen Vorladungen kommen kann. Aufräumen freut in dem Zusammenhang nicht nur die Mitbewohner_innen sondern erspart manches Ärgernis bei einer Hausdurchsuchung.

Der Abend der Räumung sollte im Moment kein Thema sein - nicht am WG-Tisch, nicht in der Kneipe und nicht im Internet. Egal wie einzelne die Aktionsformen zur Verzögerung der Räumung bewerten - der 27.08. liegt in der Vergangenheit und eine Diskussion über den Abend hilft ausschließlich den Repressionsorganen.
Lasst uns gemeinsam kreativ und solidarisch nach vorne gucken und den Ermittlungsbehörden die Suppe versalzen. Lasst uns überlegen wie wir unser Recht auf Stadt durchsetzen können und uns in unserer Vielseitigkeit unterstützen.

Für ein gesellschaftlich solidarisches Miteinander!
Leerstand zurück in die Nutzung bringen!
Hausbesetzung ist notwendig und legitim!
Solidarität mit den Betroffenen des Breite-Straße-Verfahrens!

Ermittlungsausschuss Bremen, Ermittlungsausschuss Hamburg, Ermittlungsausschuss Wendland, Flora bleibt unverträglich!, outofaction Hamburg, Plenum des Infoladen Wilhelmsburg, Plenum der Roten Flora, Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg, Sauerkrautfabrik Harburg, Vorbereitungskreis Squatting Days 2014

Feuer und Flamme der Repression – Solidarität mit der Breiten Straße

Am 24. August 2014 wurden im Rahmen der Squatting Days von mehreren Menschen die leer stehenden und bereits viel thematisierten Häuser der Breiten Strasse 114 und 116 besetzt. Als die Ordnungsmacht eintraf wurde gegen eine Räumung zur Wehr gesetzt und das Haus militant verteidigt.

Fünf Personen wurden im Anschluss an die Besetzung in unmittelbarer Nähe des Hauses festgenommen. Die Polizei nahm die Festgenommenen in Unterbindungsgewahrsam, gegen drei der Betroffenen wurde der Vorwurf eines versuchten Totschlags an Polizeibeamt_innen erhoben. Obwohl der gesamte Vorwurf auf Mutmaßungen der Staatsanwaltschaft beruht, befindet sich eine Person immer noch unter unzumutbaren Bedingungen in U-Haft.

Wir sehen diese Härte und Strenge als politisches Kalkül in einem Gesamtkontext bezüglich dessen, was gerade in Hamburg passiert. Nach den Lampedusa-Protesten im letzten Jahr und der Schlappe und Kritik ums Gefahrengebiet, nutzen Bullen und Politik nun die Breite Strasse, um ein Exempel zu statuieren und alle mundtot und handlungsunfähig zu machen, die sich aktiv für eine andere Stadt und Gesellschaft einsetzen. Nachdem sowohl im Zusammenhang mit der 21.12.- Demo als auch mit den anschließenden angeblichen Angriff auf die Davidwache es Versuche gab, mit „Mord“ bzw. Totschlagverfahren gegen linke Strukturen Stimmung zu machen, steht das aktuelle Verfahren in dieser Kontinuität. Lassen wir uns das nicht bieten!

Jakob ist nur eine_r – gemeint sind wir alle! Was auch immer ihr zu wissen glaubt, behaltet es für euch! Denkt dran : Anna und Arthur halten das Maul!
Mutmaßungen jeglicher Art können den Betroffenen schaden oder evt auch andere gefährden!
Die Häuser denen, die sie brauchen!!

Rote Flora
im Oktober 2014



700 auf Demo gegen Tierversuche in Hamburg - Laborgelände gestürmt

Am Samstag, den 11.10. demonstrierten 700 Menschen gegen Tierversuche beim Hamburger Unternehmen LPT und forderten ein sofortiges Ende der Experimente an Tieren. Ein Demonstrationszug führte vom Marktplatz Neugraben zum LPT-Hauptsitz am Redderweg. Vor dem Labor verschafften sich etwa ein Dutzend AktivistInnen Zugang zum Laborgelände. LPT ist seit geraumer Zeit Fokus einer entschlossenen Kampagne von TierrechtlerInnen. Bisher größte Protestveranstaltung gegen Tierversuche durch LPT.



Am Samstag Mittag füllte sich die Marktpassage in Neugraben. 700 TierversuchsgegnerInnen und TierrechtlerInnen kamen zusammen, um für die Befreiung der Tiere und gegen Tierversuche zu demonstrieren. Ihr Ziel: der Hauptsitz des Hamburger Unternehmens LPT am Redderweg. Auf Transparenten und Protestschildern forderten sie „Tierversuche bei LPT stoppen“ oder „Für die Befreiung der Tiere“. Auch vor dem Labor inmitten einer beschaulichen Einfamilienhaus-Siedlung zeigten sich die AktivistInnen entschlossen. Unmittelbar vor dem Zugangstor skandierten sie lautstark “Stoppt Tierversuche, schließt LPT”.

Zunächst warfen viele TeilnehmerInnen Papierflieger mit Botschaften gegen Tierversuche über den Laborzaun. Später verschafften sich einige Demonstrierende trotz Stacheldraht und Umzäunung Zugang zum Gelände, um auch dort zu protestieren. Laut Polizei schnitten mehrere Menschen einen Zaun auf, drangen auf das Gelände vor und zerstörten mehrere Fensterscheiben des Labors. Es wurde deutlich, dass viele Menschen wütend sind und nicht länger tatenlos zusehen, wie bei LPT tausende Tiere ermordet werden. Die TeilnehmerInnen riefen ohne Unterbrechung und lautstark Parolen wie „Tiere raus – raus aus den Laboren!“ und „LPT – Tiermörder“. Eine Hundertschaft der Polizei sicherte das Gelände daraufhin ab.

Die Versammlungsleitung entschloss sich dazu, die Demonstration kurzzeitig aufzulösen, um die Stimmung zu beruhigen. Die kurz daraufhin angemeldete Spontandemonstration führte auf der ursprünglich geplanten Route weiter. Die mittlerweile eingesetzte Bereitschaftspolizei begleitete den friedlichen, aber entschlossenen Demonstrationszug bis zum S-Bahnhof Neuwiedenthal.

Aus Sicht der Kampagne LPT-Schließen war die Demo ein Erfolg. Vor allem war sie ein deutliches Signal an LPT: Wer von Tierversuchen profitiert, sieht sich entschlossenen Protesten ausgesetzt. Wir freuen uns insbesondere, dass heute auch viele Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet ihren Unmut über die Gewalt an Tieren auf die Straße getragen haben.

An dieser Stelle noch einmal ein herzlicher Dank, die heute mit uns auf die Straße gegangen sind, um gegen Tierversuche und die Befreiung der Tiere zu demonstrieren! Auch in Zukunft wird es immer wieder Demonstrationen und andere Protestaktionen gegen LPT geben. Wir rufen dazu auf, den Protest gegen LPT und dessen GeschäftspartnerInnen weiterzuführen, bis das Labor geschlossen wird!

Jetzt wurd's ernst – DNA-Abnahme am 02.09.2014



Am 02.09. haben Bullen vom LKA Sachsen-Anhalt aus Magdeburg unseren Genossen aus dem Unterricht geholt und zwangen ihn zur DNA- Entnahme per Wattestäbchen im Sekretariat seiner Leipziger Schule. Die Bullen drohten ihm, ansonsten Blut unter Gewaltanwendung abnehmen zu lassen.
Der Abnahmebeschluss läuft unter dem § 81 a,e,f StPO / Entnahme von Körperzellen sowie die molekulargenetische Untersuchung dieser. Die Anordnung dafür kam vom Amtsgericht Stendal.

8 ½ Monate konnte er sich der DNA-Entnahme erfolgreich entziehen. Den Repressionsbehörden ist es weder geglückt ihn bei seiner Meldeadresse, noch an seinem Arbeitsplatz aufzufinden.

Zu den DNA – Entnahme-Terminen war er nicht erschienen. Am 21. Januar 2014 z.B. verstrich ein solcher Termin, wobei sich ca. 40 Leute mit einer Spontandemonstration zur Salzwedeler Bullenwache, wo die Entnahme hätte stattfinden sollen, solidarisch zeigten. Über einen langen Zeitraum hinweg bewusst in einer Situation zu sein - die mit Schwierigkeiten, Entscheidungen Ängsten aber auch mit Hoffnungen und Solidarität verbunden waren - wo er immer darauf gefasst sein musste, dass sie ihn heute, morgen oder letztendlich Dienstag kriegen, zeugt von seiner konsequenten Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden. Denn auch wenn mensch sich mit einer DNA-Entnahme entlasten könnte bzw. entlastet, kann dies indirekt durch Ausschlussverfahren Andere belasten. Also wie gehabt: „Anna und Arthur haltens Maul".

Ein anderer Punkt, den wir nicht vergessen sollten, ist die persönliche Perspektive. Die Abnahme von DNA ist nicht nur irgendein kleiner Routineeingriff, wie beispielsweise das Pusten in ein Alkoholmessgerät, sondern ein massiver unfreiwilliger Eingriff in die Privatsphäre eines Menschen und de facto eine Körperverletzung. Ob die erzwungene Abnahme durch das Entnehmen von Blut mittels einer Spritze, das Rausreißen eines Haares oder durch einen vermeintlich „harmlosen Abstrich" mit einen Wattestäbchen geschieht, spielt dabei keine Rolle. Die DNA ist ein Code, aus dem eine Menge an Informationen gelesen werden können. Es reicht eine Sequenz des DNA-Stranges, um sie einem Menschen eindeutig zuzuordnen. Deswegen ist sie ganz klar „persönlicher Besitz" und gehört nicht in die Hände von Privatunternehmen oder Behörden, um (auch rückwirkend) gegen uns jemanden eingesetzt zu werden.
DNA benutzen die (Ermittlungs-)behörden schon länger, z.B. als Abschreckung vor Autodiebstahl. Eher eine neuere Entwikklung ist es, in welchem Ausmaß DNA-Anahme für kleine und größere (politisch motivierte, oft aber auch einfache Eigentumsdelikte) „Vergehen" ins Spiel kommt. Recht aktuelle Beispiele sind: die „Kotti Verfahren", die Ermitlungen gegen die RAZ und die Hausbesetztung am 30.08 in Hamburg. Dabei dient sie (noch) so gut wie nie als Beweis, sondern meist „nur" als Indiz in einem Gerichtsprozess. Trotzdem ist es ein unwiderrufliches Werkzeug, um herrschende Gewalt- und Eigentumsverhältnisse aufrecht zu erhalten. Wer was wann noch mit diesen Informationen tun wird – niemand weiß es...

Doch wir wissen: Wichtig ist es jetzt, sich zum einen mit Betroffenen zu solidarisieren, sich nicht einschüchtern zu lassen und zum anderen eine schleichende Normalisierung der DNA-Speicherung, die Überwachung und Kontrolle weiter mit allen möglichen Strategien zu bekämpfen!

Mehr zum Hintergrund des Verfahrens:
Es sind sechs Beschuldigte/Verdächtigte in zwei unterschiedlichen Strafverfahren. Am 19. August 2012 wurden auf dem Gelände des Gefechtsübungszentrum (GÜZ) der Bundeswehr in der Altmark mit Farbe gefüllte Feuerlöscher gefunden. Dabei entkamen einige Personen unerkannt. Daraufhin wurde gegen den Nutzer (der von DNA Abnahme betroffene Genosse) eines Fahrzeuges, das in der Umgebung geparkt war, ein Ermittlungsverfahren wegen versuchter "Sabotage an Wehrmitteln" (§109e StGB) eingeleitet. Am 14. September 2012 wurden fünf in Magdeburg während des antimilitaristischen Camps gegen das GÜZ von einem Mobilen-Einsatz-Kommando (MEK) des LKA Sachsen-Anhalt mit vorgehaltenen Waffen aus einem Fahrzeug gezogen und in Gewahrsam genommen. In diesem Fall ist der Vorwurf eine Sachbeschädigung, bei der die Fassade des Bauplanungsbüros der Firma ICL rosa gefärbt worden sein soll. Der Genosse bei der die DNA Abnahme am 2.9.2014 erzwungen wurde ist der 6. Beschuldigte, er ist wegen Beihilfe angeklagt, da ihm das Auto zugeordnet wurde, in dem die fünf festgenommen wurden.

Weitere Informationen auf dem Blog: http://dnasammelwahn.noblogs.org/

Kein ruhiges Hinterland

Antifa in den Kleinstädten Griechenlands

Die Krise hat Griechenland weiterhin fest im Griff: Nach offziellen Statistiken ist nach wie vor jeder dritte Grieche arbeitslos. Für viele Menschen ist das tägliche Überleben nach den umfassenden staatlichen Kürzungsmaßnahmen bei gleichbleibenden oder sogar steigenden Lebensmittelpreisen zum Kunststück avanciert. Gleichzeitig versinken weite Teile der Bevölkerung angesichts der Wirkungslosigkeit der inzwischen verbotenen Generalstreiks in ängstliche Apathie. In dieser Situation sehen viele Menschen in der neuentstandenen sozialdemokratischen Syriza-Partei, oder aber auch in den griechischen Neo-Faschisten von Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) eine Alternative zu den etablierten Parteien.

Letztere waren in den vergangenen zwei Jahren nicht nur aufgrund ihrer mörderischen Angriffe auf Migranten und ihres offenen Bekenntnisses zum deutschen Faschismus in die internationalen Schlagzeilen gekommen, sondern auch durch ihre engen Verbindungen mit dem griechischen Staatsapperat und dem gemeinsam Vorgehen mit der griechischen Polizei gegen Linke und Migranten. Wer glaubte, dass sich das Problem mit der Inhaftierung der führenden Mitglieder der neofaschistischen Partei nach der Ermordung von Pavlos Fyssas, einem griechischen Antifaschisten und Rapper, durch Mitglieder der Partei erledigt hat, muss eines Besseren belehrt werden: Die Partei rangiert nach wie vor mit 9 Prozent auf Platz 3 der Umfragewerte. In weiten Teilen Griechenlands sind ihre Mitglieder – gerade aufgrund ihrer engen Verzahnung mit dem Polizeiapparat – nach wie vor eine tägliche Bedrohung für Antifaschisten und Migranten.

Dagegen gab es in den vergangenen Jahren vermehrt Widerstand: Während die kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und das Linksbündnis SYRIZA auf legalistische Arbeit setzten, waren es vor allem Aktivisten der diversen anarchistischen Zusammenhänge, die den Neofaschisten auf der Straße Paroli geboten und ihre Mitglieder attackiert haben, oftmals unter Inkaufnahme mehrjähriger Haftstrafen. Besonders populär waren sogenannte Motorraddemos, auf denen sich antifaschistische AktivistInnen mit ihren Motorrollern versammelten und Parolen skandierend durch von faschistischer Gewalt betroffene Viertel zogen. Dabei kam es jedoch nicht nur in den Großstädten Athen und Thessaloniki zu solchen antifaschistischen Aktionen, sondern auch in diversen griechischen Kleinstädten, u.a. in den als Antifa-Hochburg geltenden Städten Xanthi und Kavala. Kavala – mit 80.000 Einwohnern gemessen an deutschen Standards eher eine Kleinstadt – liegt im äußersten Nordosten Griechenlands und war in der Vergangenheit als kommunistische Hochburg bekannt, bevor der damalige faschistische Junta-Staat in den 70er Jahren begann, loyale Bevölkerungsteile aus dem Süden vermehrt im Norden anzusiedeln. Heute ist die Gemeinde daher eher ein konservatives Nest und hat es, wie viele größere Gemeinden in Griechenland, gleich mit mehreren neofaschistischen Gruppierungen zu tun. Neben Chrysi Avgi, die ein Büro in der Stadt unterhält, existiert auch eine örtliche Gruppe der Patriotischen Allianz – eine Abspaltung von Chrysi Avgi und der rechtspopulistischen LAOS-Partei mit guten Kontakten zum griechischen Militär, dem Polizeiapperat und lokalen Sicherheitsdiensten.

Auch in Kavala tun sich diese Gruppen durch geschmacklose und gewalttätige Aktionen hervor. Als die Kommune etwa plante, in einem Teil der historischen Altstadt, in dem vorwiegend Muslime lebten, ein Ausstellungsgebäude über die Geschichte der muslimischen Community zu eröffnen, nagelten Anhänger der Patriotischen Allianz demonstrativ einen blutigen Schweinskopf an das vorgesehene Gebäude. Zusammen mit Chrysi Avgi versuchen sie außerdem jedes Jahr eine größere antitürkische Demonstration in der Stadt abzuhalten und damit an traditionelle Ressentiments anzuschließen; schließlich griffen 30 Mitglieder der Goldenen Morgenröte im Januar 2013 das Auto des türkischen Diplomaten İlhan Şener an. Der Gipfel der Geschmacklosigkeiten war jedoch zweifellos der Versuch der Chrysi Avgi, die Ermordung des Antifaschisten Pavlos Fyssas durch ihre Mitglieder öffentlich in den Straßen Kavalas zu feiern.

Natürlich formiert sich auch in Kavala Widerstand gegen solche Aktionen. Um den lokalen autonomen Infoladen organisiert sich eine stetig wachsende Gruppe von AntifaschistInnen, die sich eher dem anarchistischen Millieu zuordnen lässt und einen aktionsorientierten Ansatz verfolgt. Als organisierte*r AntifaschistIn unterliegt man, mehr vielleicht noch als in Deutschland, dem Problem, dass die zahlreichen rechtsradikalen Gruppierungen in der Regel gute Kontakte zum örtlichen Polizeiapparat unterhalten – man kennt sich eben, auch in Griechenland. Die Folge ist eine weitaus schärfere Repression gegen jede Form antifaschistischen Protests. Nicht wenige AktivistInnen der Gruppe sind daher bereits von mehrjährigen Haftstrafen bedroht – ein Mitglied ist bereits seit Längerem hinter Gittern.

Folge dieser Situation ist, dass der Protest sich um einiges militanter artikuliert. Die Demonstrationen der autonomen Gruppe sind gut organisiert – TeilnehmerInnen laufen in organisierten Reihen mit Helmen, Schlagstöcken und anderen Utensilien, da jederzeit mit gewalttätigen Übergriffen durch die Bullen gerechnet werden muss. Öffentliches Auftreten der Patriotischen Allianz oder Chrysi Avgis beantwortet die Gruppe mit militanten Aktionen und hatte damit bereits Erfolg: Chrysi Avgi traut sich nicht mehr abseits von angemeldeten Kundgebungen und entsprechendem Polizeischutz offen in der Stadt Präsenz zu zeigen. Auch ihre „Siegesfeier" anlässlich der Ermordung von Pavlos fand dank beherzten Eingreifens der griechischen GenossInnen ein vorzeitiges Ende.

Auch um Vermittelbarkeit ist man bemüht: So versucht man die lokale Bevölkerung mit Infobroschüren aufzuklären oder öffentlich diskutierbare Probleme in offenen Versammlungen zu verhandeln. Jüngst gab es auch Annäherungsversuche der lokalen Syriza-Gruppe. Diesen Annäherungen steht die autonome Gruppe jedoch skeptisch gegenüber. „Syriza wird die nächste Regierung stellen und wenn sie es verkacken – und sie werden es verkacken -, dann ist Golden Dawn dran und dann haben wir ein richtiges Problem", kommentiert Dimitris, ein Aktivist der lokalen autonomen Gruppe, ihr Verhältnis zur sozialdemokratischen SYRIZA. Mit der kommunistischen Partei (KKE) sei keine Zusammenarbeit möglich. Die Partei lehne jede Kooperation mit anderen Gruppen ab. Außerdem sei es in der Vergangenheit zu körperlichen Auseinandersetzungen mit Anhängern der Partei gekommen. Schlechte Zeiten für AnhängerInnen des bündnisbetonten massenhaften zivilen Ungehorsams in Griechenland, hier heisst die Devise den Umständen entsprechend noch: „Antifa heisst Angriff!".

Jan Ronahi
lower class mag

Für eine bessere Welt!

Erklärung von Bernhard Heidbreder

Mein Name ist Bernhard Heidbreder, der notgedrungen die Identität von John Londoño S. angenommen hatte, als den mich die Menschen in meiner Gemeinde und auf meiner Arbeit kannten. Ich wurde am 11. Juli 2014 festgenommen; bereits seit April 1995 sucht mich die deutsche Justiz wegen meiner angeblichen Verbindung zu einer Gruppe namens K.O.M.I.T.E.E., die fälschlich als terroristisch bezeichnet wird (denn tatsächlich wurde von ihr niemals jemand verletzt oder getötet) und die für zwei durchgeführte Aktionen bekannt ist: Das Anzünden einer kleinen Niederlassung des deutschen Militärs und den Versuch, ein leer stehendes Knastgebäude in die Luft zu sprengen, was aber nicht zu Ende geführt wurde.

Nun werden Sie sich fragen: Warum ein Gefängnis? Nun, weil es sich bei diesem Neubau nicht um irgendein gewöhnliches Gefängnis handeln sollte, sondern um ein ganz besonderes, ein Gefängnis, welches einen großen Schritt nach vorn in der repressiven Politik der deutschen Regierungen gegen MigrantInnen ohne Aufenthaltspapiere bedeutet hätte, weil diese dort unter Verletzung ihrer fundamentalen Menschenrechte inhaftiert werden sollten.



Das wäre schön gewesen! (Abschiebeknast Grünau)

Stellen sie sich vor, Sie wären als ein Tourist in Deutschland, dem Arbeit angeboten wird, als Kellner zum Beispiel, und Sie würden sich entschließen zu bleiben, obwohl Sie keine Arbeitsgenehmigung haben, und auch keine Aufenthaltsgenehmigung, die die deutsche Ausländerbehörde, wie Sie genau wüssten, Ihnen auch niemals geben wird; Sie arbeiteten eine Zeitlang in dem Restaurant bis die Polizei dort eine Kontrolle durchführt, und Sie würden in das besagte Modellgefängnis gebracht, dass genau für Leute wie Sie gebaut wurde: für Einwanderer, die sich ohne Papiere in Deutschland befinden. Dort würden Sie ungefähr ein halbes Jahr auf ihre Abschiebung warten, doch wenn dann der Tag der Abschiebung gekommen ist, werden Sie nicht in ihr Heimatland abgeschoben, sondern in ein benachbartes Land, wo Sie Ihrem Schicksal überlassen werden.

Jede und jeder weiß, dass die Länder der "Ersten Welt" eine unermessliche Schuld gegenüber den Ländern Lateinamerikas und den Ländern anderer Kontinente haben (die für sie die "Dritte Welt" sind); auf der Ausbeutung ihrer Bodenschätze beruht der heutige Reichtum der Länder Europas. Eine Form, die historische Schuld zu bezahlen, auch wenn es nur wenig wäre, wäre es jedem zu ermöglichen in Europa sein Glück auf dem Arbeitsmarkt zu suchen; aber weit entfernt davon dies zu tun, wird ein Knast gebaut für die MigrantInnen die sich in Deutschland befinden. Das ist keine Gerechtigkeit!
Was mich angeht, möchte ich festhalten, dass ich in meinem ganzen Leben keinen Menschen getötet habe; hingegen ist die Migrationspolitik der Europäischen Union mitschuldig am Tod von vielen, die in ihren Herkunftsländern keine Lebensgrundlagen finden, wo sie statt Arbeit Hunger, Elend und manchmal politische Verfolgung und Folter vorfinden.

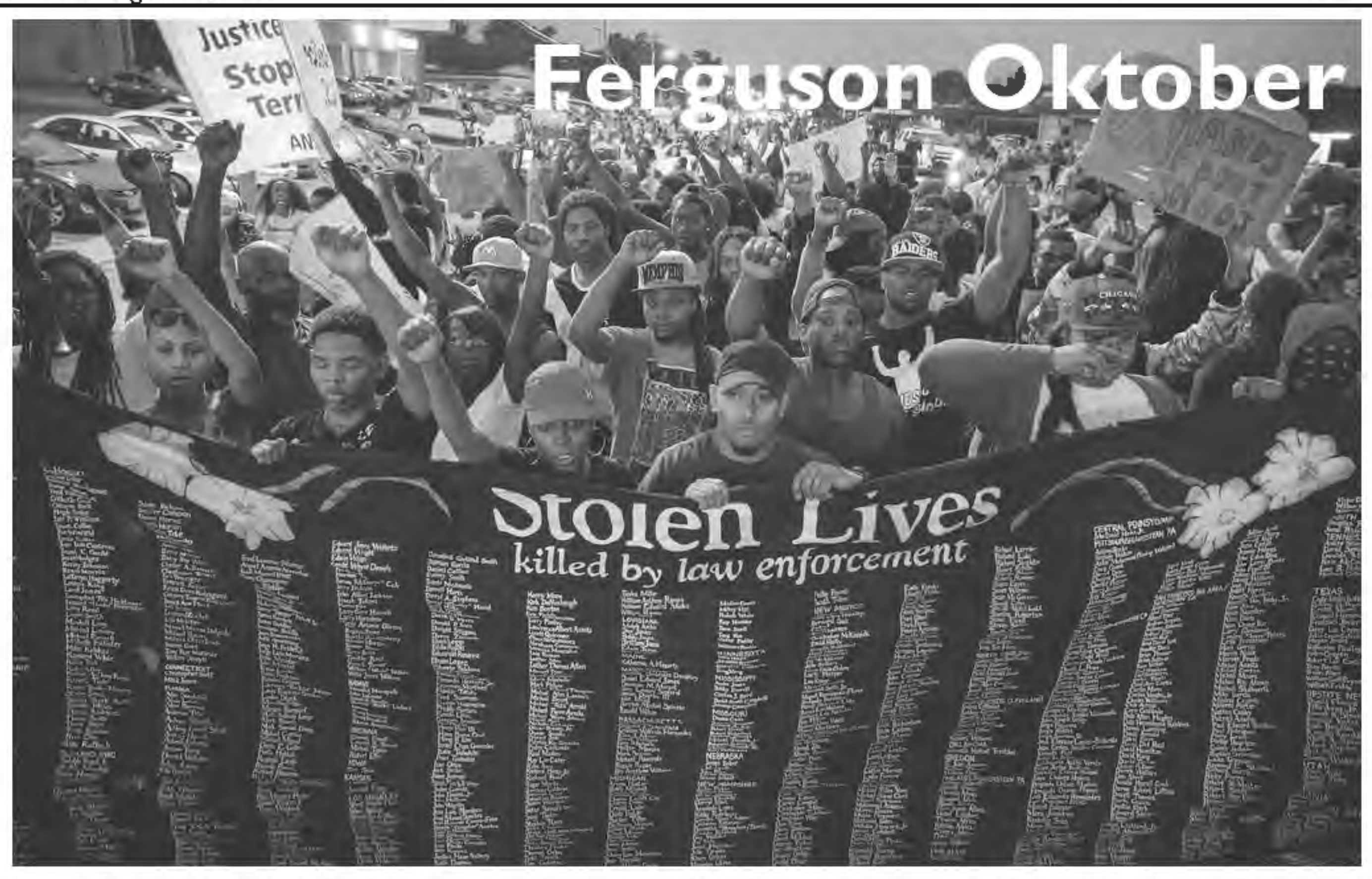
Ja, ich entstamme der deutschen radikalen Linken: wir, einige tausend Menschen (ich darunter), organisieren uns in einer Strömung die sich die Autonomen nennt und die einen uneigennützigen politischen Kampf in Solidarität mit den MigrantInnen ohne Papiere aufbaut, gegen die Verletzung ihrer elementaren Menschenrechte, dies ist eingebettet in die Aktionen der deutschen radikalen Linken gegen verschiedenste Ungerechtigkeiten.
Auch heute bleibe ich meinen Idealen treu, mein Kampf steht unter der Fahne des Antifaschismus, des Antiimperialismus, des Anti-Sexismus, des Anti-Kapitalismus, und ich habe die besten Vorsätze, ein guter Ehemann, ein solidarischer Nachbar, ein kämpfender und revolutionärer Arbeiter zu sein, ich beteilige mich am Aufbau eines gerechten öko-sozialistischen Systems; doch ich gehe davon aus dass es nicht all dieser politischen oder persönlichen Charakteristika bedarf, sondern nur ein klein wenig solidarischen Bluts, das durch die Adern fließt, um erkennen zu können, dass die aktuelle Migrationspolitik ein Anschlag auf die elementarsten Grundlagen der Menschlichkeit darstellt.

Ich möchte in diesem Fall die Betonung darauf legen, die Umstände und die uneigennützigen politischen Beweggründe für die Aktionen der revolutionären Linken klarzustellen, wozu auch jene Gruppe gehört, der ich vor fast 20 Jahren angehört haben soll; und ich schreibe diesen Kommentar, weil ich versuchen werde die Auslieferung zu verhindern (es gibt mehr als genug Argumente, bei deren Beachtung in einem verfassungsgemäßen und rechtlich korrekten Verfahren, bei dem das Recht auf Verteidigung gewährleistet ist, ich nicht ausgeliefert werden sollte) und mein Leben mit meiner Ehefrau und meiner sozialen Gemeinschaft in Mérida weiter zu führen.

Ich benötige die Solidarität von all denjenigen, die sich mit meiner Sache identifizieren und ich bitte die venezolanische Linke im Besonderen, das sie mich als das sieht, was ich bin: Jemand, der jeden Tag sein Sandkörnchen beiträgt zum Kampf für eine bessere Welt.

Bernhard Heidbreder
September 2014

Ferguson Oktober



Seit Tagen finden in St. Louis im US-Bundesstaat Missouri wieder große Kundgebungen gegen Polizeigewalt und Rassismus statt, die von der Polizei teilweise heftig attackiert werden.
Bereits seit längerem war für das vergangene Wochenende zu Protesten mobilisiert worden. Der „Ferguson October" sollte an die Ermordung von Michael Brown am 9. August erinnern. Wenige Tage vor dem Protestwochenende wurde am vergangenen Mittwoch in St. Louis erneut ein afroamerikanischer Teenager von einem weißen Polizisten erschossen. Die Umstände bei der Tötung von VonDerrit Myers Jr. waren ähnlich wie im Fall Michael Brown vor zwei Monaten. Wieder behauptete der Polizist, der 18jährige habe eine Waffe gehabt, wieder wurde der Teenager mit mehreren Kugeln niedergestreckt. Wieder ist er nach Ansicht der Behörden irgendwie selber schuld, weil er irgendwas getan haben soll, was dem Bullen verdächtig erschienen ist. Dieser war übrigens nicht mal im Dienst, sondern schob gerade Schicht in seinem Nebenjob als Angestellter einer privaten Sicherheitsfirma. Und wie schon bei Michael Browns gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen dem, was der Security-Bulle erzählt und was ZeugInnen berichten und auf Videomaterial rund um die Ereignisse zu sehen ist. So behauptet der Polizist, VonDerrit Myers Jr. habe auf ihn geschossen, ZeugInnen wiederum sagen, dieser habe nur ein Sandwich dabei gehabt.
Wir haben mit Joseph Sulier gesprochen, einem Aktivisten und Musiker aus St. Louis, der bei vielen Demos der letzten Tage und Monate dabei war und uns schon im August erklärt hat, was das eigentlich abgeht in Missouri. „Die Proteste in Ferguson haben nie aufgehört" seit der Ermordung von Michael Brown im August, erzählt Joseph. Nachdem VonDerrit Myers Jr. vergangene Woche erschossen wurde, hat sich innerhalb kürzester Zeit eine große Menschenmenge in der Nähe des Tatorts versammelt. Die Menschenmenge habe die Einsatzkräfte, die ebenfalls sofort zur Stelle waren, umzingelt und auf diese eingeschrien, sodass die Bullen sich in ihre Autos zurückziehen mussten. Anschließend wurden einige Polizeiautos angegriffen, woraufhin diese flohen.

„Nachdem die Polizei von den Bewohnern der Gegend vertrieben worden war, sammelte sich die Menge und startete eine spontane Demo", erzählt Joseph. Kreuzungen wurde besetzt und der Verkehr teilweise lahmgelegt, was natürlich einen massiven Polizeieinsatz provozierte. Es kam in dieser Nacht nach der Ermordung von VonDerrit Myers Jr. immer wieder zu kleineren Auseinandersetzungen, bis in die frühen Morgenstunden waren viele Leute unterwegs und ließen sich nicht einschüchtern.
Seit vergangenen Mittwoch „kam es jede Nacht zu Protesten und die Polizei trat immer militärischer auf, in voller Riot-Montur mit Schildern und Schlagstöcken. Viele Leuten wurden mit Pfefferspray attackiert, darunter auch viele Medienleute." Immer wieder seien die Menschen aufgefordert worden, die Gegend sofort zu verlassen, da es sich um eine „illegale Versammlung" handeln würde. „Es gab viele Festnahmen, obwohl von Demo-TeilnehmerInnen wenig Gewalt ausgeübt wurde."

Am Wochenende vermischten sich dann die spontanen Demos mit den bereits geplanten Kundgebungen und Veranstaltungen anlässlich des „Ferguson October"-Wochenende. Es kam zu einigen großen Demonstrationen, die teilweise von der Polizei angegriffen wurden, Dutzende Menschen wurden festgenommen. Aber auch nach dem Memorial-Wochenende ist kein Ende der Proteste abzusehen. „Die Leute sind sehr wütend und es sieht nicht so aus, als hätte jemand die Absicht nach Hause zu gehen."
Es hat den Anschein, als würde sich aus den Ferguson-Protesten gerade eine neue Bürgerrechtsbewegung formieren. Viele Menschen sind jedenfalls nicht mehr bereit, nach derartigen Vorfällen einfach zur Tagesordnung überzugehen oder sich von den Repressionen einschüchtern zu lassen. Bei den Protesten nach der Ermordung von Michael Brown ging und geht es auch nicht "nur" um Rassismus und Polizeigewalt – die diesen Phänomenen zugrunde liegenden sozialen Ursachen wurden von der Bewegung stets thematisiert. Denn letztlich geht es um einen eskalierenden Krieg gegen unten, der in den USA gerade stattfindet.

Karl Schmal
lowerclassmag

Der kommende Aufstand

Die schweren Auseinandersetzungen in der Türkei, die in Solidarität mit den VerteidigerInnen von Kobane begannen, könnten zum Keim einer neuen Phase des Aufstands gegen die autoritäre Herrschaft der Regierungspartei AKP werden.

Der Serhildan ist da. Der Aufstand der Kurdinnen und Kurden in der Türkei hat begonnen, unterstützt von der türkischen Linken gehen Abertausende auf die Straße, nehmen Steine, Molotof-Cocktails und Schusswaffen, um sich gegen das zu verteidigen, was der türkische Staat zu ihrer Unterdrückung auffährt. Und das ist nicht wenig. Massive Polizeitruppen, auch Soldaten, in einigen Städten wurde der Ausnahmezustand verhängt, es gibt eine Ausgangssperre. Es wird scharf geschossen, verschiedenen Meldungen zufolge liegt die Zahl der Toten bislang bei 12 bis 15 (mittlerweile über 40).

Anders als in den vergangenen Jahren seit Gezi nehmen nicht mehr nur vereinzelt „zivile“ faschistische Banden an der Hatz auf KurdInnen und Linke teil. Die Mobs der „Grauen Wölfe“, der islamistischen türkischen Hizbullah (nicht zu verwechseln mit der schiitischen Gruppe aus dem Libanon), Anhänger der faschistischen MHP, der islamistischen HÜD-PAR und natürlich der Regierungspartei AKP gehen bewaffnet mit Messern, Stöcken und Knarren auf die Straße, prügeln, töten und mißhandeln – ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Im Gegenteil: Videos zeigen, wie die Bullen Schulter an Schulter mit den „zivilen“ IS-Sympathisanten und Faschisten agieren.

Militanz und Generalstreik

Eine Zwischenbilanz könnte so aussehen: In Dutzenden Städten, von Istanbul über Mardin, von Van bis Diyarbakir gab es Massenproteste, zum Teil mit Zehntausenden TeilnehmerInnen. AKP- und MHP-Büros wurden angegriffen, die Verteidigung gegen den Polizeiterror auf einen sehr hohen Eskalationsniveau, teilweise mit Schusswaffen, durchgeführt. Merkbar ist, dass alle militanten linken Gruppen – ob türkisch oder kurdisch – sich an de, Aufstand beteiligen. In Gazi kämpften DHKC, MLKP, YDG-H, MKP, TKEP-L und TİKKO zusammen, eine nach langen innerlinken Konflikten erfreuliche Entwicklung. Der bewaffnete Kampf erweist sich gerade heute wieder als überlebenswichtig. Gegen IS-Sympathisanten mit Schusswaffen und Dönermessern hilft kein Sitzstreik.

Zugleich war zumindest in Istanbul eine große Beteiligung von StudentInnen, LGTB-Bewegung, SchülerInnengruppen usw. zu bemerken. Auf ein neues Niveau könnte die Bewegung morgen gehoben werden, denn die Gewerkschaft KESK ruft zum zweitägigen Generalstreik auf – ein von vornherein politischer Streik. Schon dieser Umstand zeigt: Es könnte angeknüpft werden an jenes Aufbegehren, dass Erdogan nach Gezi mit Repression erstickte, das aber in den Köpfen und Herzen der Menschen weiterlebte.

Allerdings gibt es schon hier eine wichtige Einschränkung: An Gezi nahmen auch jene Teile der mit der AKP-Herrschaft unzufriedenen Gesellschaft teil, die sich unter den heutigen Vorzeichen nicht (oder nur selten) beteiligen werden. Kemalistische und nationalistische Teile der Bewegung neigen kaum dazu, sich an einem Aufstand zu beteiligen, der von den Interessen der KurdInnen seinen Ausgang nimmt. Deshalb ist es schon jetzt wichtig, die Rechte der KurdInnen, die niederträchtige Syrien-Politik Erdogans und die während Gezi virulenten Themen wieder in einen Kontext zu bringen. Der Generalstreik könnte einen Anfang bilden. Denn nur wenn über die genuin kurdischen Landesteile hinaus der Druck steigt, könnte wahr werden, was kurdische Freunde seit Beginn der Kämpfe schreiben: „Bevor Kobane fällt, fällt Istanbul.“

Die Falle des IS

In der Türkei (wie hier in Europa, aber davon später) wird es nun zentral sein, nicht in die Falle des Islamischen Staates zu tappen. Die IS-Milizen und ihre religiösen Führer haben seit Beginn ihrer Existenz versucht, sich nicht als irgendeine spezielle Organisation neben anderen darzustellen, sondern – das zeigt sich schon in der Wahl ihrer Symbole und Flaggen – sich als für jeden gläubigen Sunniten und jede gläubige Sunnitin verbindliche Instanz zu verkaufen.

Der IS sagt im Grunde – genauso wie übrigens Erdogan in der Türkei: Wenn du muslimischen Glaubens bist, dann sind wir deine Avantgarde. Jeder der die Hegemonie des IS nicht anerkennt, wird automatisch zum Kufr, zum Ungläubigen. Diese Verbindung gilt es systematisch aufzubrechen, denn sollte sie sich durchsetzen – und das lässt sich zum Teil schon jetzt beobachten -, wird es schwierig. Obwohl es keine belastbaren Zahlen gibt, kann man sagen, dass etwa drei Viertel (oder mehr) der türkischen Bevölkerung sunnitische Muslime sind. Man kann sich vorstellen, was passiert, wenn die den Eindruck bekommen, gegen sie werde ein „Krieg der Kulturen“ geführt – und als solchen verstehen ja viele – nichtlinke – GegnerInnen des IS ihr Tun.

Um nicht in diese strategisch vom IS gut platzierte Falle zu treten, muss der Konflikt auf das hinuntergebrochen werden, was auch die eigentliche Matrix des Ganzen – jenseits ethnischer und religiöser Bemäntelung – darstellt. Die Frage, in welcher Gesellschaft man leben will – und zwar unabhängig davon, ob man KurdIn, TürkIn, AleviTIn, SunnitIn, SchiitIn oder sonstewas ist.

Die stärkste Waffe

Insofern wird die stärkste Waffe, die gegen den IS zur Verfügung steht, eine sein, die man weder bei Heckler&Koch noch beim Händler des Todes, Frank-Walter Steinmeier bestellen kann: Eine politische Idee. Das soll nicht heißen, dass diese Idee nicht der materiellen Gewalt bedürfte, um wirksam zu werden. Aber es muss heissen, dass man ohne sie langfristig nicht gewinnen kann. Die kurdische Bewegung hat eine solche Idee eines rätedemokratischen Zusammenlebens ohne Geschlechterdiskriminierung und jenseits ethnisch oder religiös motivierter Gewalt. Und die türkische Linke hat sie auch, in ihren Kiezen, und in Fabriken wie Kazova, die ohne Bosse produzieren. Die einen nennen sie „Demokratischer Konföderalismus“, andere wiederum Sozialismus oder Kommunismus, einige auch Anarchismus.

Und auch die GegnerInnen in diesem Kampf haben ihre politische Ideen, auch wenn sie sie unter allerlei Theologischem verstecken. Die AKP hat die Idee einer autoritären islamischen Gesellschaft, die mit neoliberal entfesselter kapitalistischer Produktion und Großmachtchauvinismus aufgeladen ist. Und der Islamische Staat will ein Kalifat, das auf einer Ökonomie des Öl- und Gasverkaufs basiert und intern eine Art modernisierten Feudalismus anstrebt. Es ist nicht schwer zu sehen, dass „unsere“ Seite hier über die stärkeren Waffen verfügt. Die Frage wird sein, ob wir sie richtig einsetzen lernen.

Lower class mag

Spendenkampagne: Waffen für die YPG/YPJ!

Solidarität mit Rojava – Waffen für die YPG/YPJ!

Die Milizen der selbsternannten „Gotteskrieger“ des islamischen Staates stehen direkt vor den Toren der kurdischen Metropole Kobane – es droht ein Massaker falls es ihnen gelingen sollte die Stadt einzunehmen. Zusätzlich wird die kurdische Selbstverwaltung in Rojava (Westkurdistan/ Nordsyrien) durch einen am Donnerstag vom Parlament in Ankara genehmigten Einmarsch der türkischen Streitkräfte bedroht. Die Kämpfer_innen der kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG und der Frauenverteidigungskräfte YPJ geben seit Tagen alles, um Kobane gegen den Ansturm des übermächtigen und hochgerüsteten Feindes zu verteidigen. Mit veralten Waffen, Mut und sehr viel Kreativität gelang es ihnen bisher die Stellungen gegen den IS zu halten, doch die Situation wird von Stunde zu Stunde kritischer.
Dabei verteidigen die Kämpfer_innen der YPG/YPJ zur Stunde in Kobane nicht nur die kurdische Selbstverwaltung und deren emanzipatorischen Errungenschaften wie Basisdemokratie und Frauenpartizipation. Sie verteidigen das Gewissen der gesamten Menschheit gegen die von der Nah-Ost-Politik des Imperialismus erzeugte Barbarei: den islamischen Staat (IS)
In diesem Augenblick, da uns stündlich neue, besorgniserregende Meldungen aus Kobane und Rojava erreichen, können wir es nicht länger bei verbaler Solidarität und Öffentlichkeitsarbeit belassen. Deshalb haben wir uns entschlossen ab sofort mit einer Kampagne „Solidarität mit Rojava – Waffen für die YPG/YPJ“ zu beginnen , um den Kampf unsere Freund_innen und Genoss_innen vor Ort konkret zu unterstützen. Wir wollen hier in der Bundesrepublik Geld sammeln , um die militärische Verteidigung eines fortschrittlichen Gesellschaftsentwurfes im Nahen Osten zu unterstützen. Wir hätten eine solche Sammlung früher beginnen müssen. Aber spät zu beginnen ist besser als zu schweigen. Deshalb werden wir in den nächsten Wochen und Monaten unsere Anstrengungen darauf konzentrieren , diese Spendekampagne für die militärische Verteidigung Rojavas gegen fundamentalistische Reaktion des IS und kolonialistische Besatzungspolitik des NATO-Staates Türkei zu einem erfolgreichen Ergebnis zu führen. Wir rufen alle Organisationen der politischen Linken, fortschrittliche und antifaschistische Menschen in der BRD und Europa dazu auf ‚sich unsere Initiative anzuschliessen und jetzt ernst zu machen mit der oftbeschworenen „internationalen Solidarität“.



Während die deutsche Regierung die korrupte und feudal-konservative KDP (Kurdisch demokratische Partei) des nordirkakischen Kurdenpräsidenten Barzani mit Waffen ausrüstet, dessen Pershmerga-Milizien sich bei der Verteidigung der Jeziden im Nordirak gegen den IS-Terror bisher nicht grade mit Ruhm bekleckert haben, wollen wir die Kräfte der linken kurdischen Befreiungsbewegung YPG und YPJ unterstützen die im August 10 000 vom IS eingekesselten Jeziden das Leben retteten, als sie einen Fluchtkorridor vom Shengal-Gebirge nach Rojava freikämpften. Dabei möchten wir den selbstorganisierten Ansatz der kurdischen Befreiungsbewegung aufgreifen und als revolutionäre Linke selber aktiv werden anstatt an staatliche Institutionen zu appellieren. Wir sind Antimilitaristen und keine Waffenfetischisten. Sicherlich gibt es im Nahen Osten genug Waffen.
Doch wer verfügt über sie?

Wir haben uns auch deshalb zu dieser Kampagne entschlossen weil für uns das gesellschaftliche Projekt in Westkurdistan, die „Kommune von Rojava“ von besonderer Bedeutung ist. Nicht nur für den seit über 100 Jahren von Kolonialer Fremdbestimmung, Imperialismus und reaktionären Gegenbewegungen wie dem politischen Islam geprägten Nahen Osten, sondern auch für die Zukunft internationalistische Politik und der antikapitalistischen Bewegungen weltweit. Der Aufbau einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Alternative, deren Grundlagen Selbstorganisation, Basisdemokratie, Frauenbefreiung und die Überwindung ethnischer und konfessioneller Spaltungen sind zeigt das eine „andere Welt möglich ist“ wenn wir uns auf unsere eigene Stärke besinnen und uns nicht zum Spielball geopolitischer Interessen machen lassen. Seit dem Siegeszug des Neoliberalismus in den 1980er Jahren, den Scheitern der antikolonialen Befreiungsbewegung und dem Kollaps des sowjetischen Blocks hatte die weltweite Linke keine ernstzunehmende eigene Option. Saddam oder USA? Iran oder Israel? Hamas oder Likud? Ghadafi oder NATO? CDU oder SPD? Es blieb die wohlbegründete Wahl des (vermeintlich) kleineren Übel. Das Projekt in Rojava und die kurdische Befreiungsbewegung sind für uns eine Chance die lähmende Passivität weiter Teile der Linken, zu überwinden und für den Aufbau einer gesellschaftlich Relevanten antikapitalistischen Bewegung in Europa und der BRD zu lernen.

Wir sind Linke aus verschiedenen politischen Strömungen und mit verschiedenen Hintergründen und Erfahrungen. Natürlich stehen auch wir der politischen Praxis der kurdischen Befreiungsbewegung nicht völlig unkritisch gegenüber. Aber wir nehmen zur Kenntnis das es ihnen im Gegensatz zu vielen Linken in den Metropolen gelungen ist ‚die Fehler ihrer politischen Vergangenheit zu reflektieren und in den letzten Jahren zur der wichtigsten fortschrittlichen Kraft im Nahen Osten zu werden. Wir finden das von der kurdischen Befreiungsbewegung deshalb wichtige Impulse für den Wiederaufbau einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung ausgehen. Dies hat jedoch zur Vorrausetzungen das es der kurdischen Revolution gelingt sich gegen die militärische Übermacht des IS und der Bedrohung durch einen Möglichen Einmarsch der Türkei zu verteidigen. Deshalb gilt es jetzt zu handeln: Solidarität mit Rojava – Waffen für die YPG/YPJ!
Spendet für die Verteidigung eines emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf im Nahen Osten!
Hoch die internationale Solidarität!
Empfänger: MD
IBAN: DE98 5005 0201 1243 1674 49
BIC: HELADEF1822

Ulrike Meinhof lebt!

Ulrike wäre am 7. Oktober 2014 80 Jahre alt geworden.

Viel ist schon zu ihr geschrieben worden und ich denke, sie wird präsent in den Herzen und Köpfen der revolutionären Linken weltweit bleiben. Nicht nur bei denen, sondern auch bei Einigen, die anfangen, sich zu wehren.

Wie soll ich zu Ulrike schreiben? Wie können wir sie, eine Revolutionärin, angemessen würdigen? Am einfachsten ist es ist für mich, einige Stationen ihres Lebens zu skizzieren, die vor allem mir wichtig waren. Mir ist dabei bewusst, dass das alles nur Auszüge sein können.

1967/1968

Während einer Demonstration gegen den Besuch des Schah von Persien am 2. Juni 1967 in Westberlin wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen.

Die Erschießung Ohnesorgs war ein Fanal für Viele aus meiner Generation: wir begriffen, was für ein Staat die BRD ist - kein demokratischer Staat, sondern autoritär, der nie mit dem Faschismus gebrochen hatte, denn viele ehemalige Nazis wie Kiesinger, Lübke, Globke, Buback oder Schleyer übten wichtige Funktionen im sogenannten Rechtsstaat aus. Die Regierung der BRD war natürlich für das Folterregime Iran ein wichtiger Handelspartner. Der Polizist Kurras wurde wegen der Erschießung von Benno nie belangt. Die BRD war für die USA ein wichtiger Militärstützpunkt, ein Drehkreuz, von wo aus die USA die Bombenangriffe gegen die Bevölkerung Vietnams koordinierte. 1972 griff deshalb die RAF, in der Zeit war auch Ulrike dort organisiert, zwei US-Stützpunkte in Frankfurt und Heidelberg an.

Mir empfahlen FreundInnen nach dem 2. Juni 1967, die Artikel von Ulrike in der Zeitschrift "Konkret" zu lesen. Vieles war mir als knapp 17-jährigem in der Zeitschrift neu und unverständlich. Doch über Ulrikes Texte bekam ich langsam einen Begriff von der Situation und fing an, mich zu politisieren.

Die Reportagen Ulrikes über Heime, über proletarische Jugendliche, waren mir wichtig. Ihr Film "Bambule", über eine Rebellion in einem Heim für heranwachsende Frauen, durfte 24 Jahre nicht im Fernsehen gezeigt werden, weil Ulrike sich kurz vor Aufführung im Fernsehen der RAF angeschlossen hatte. Viele von uns, so auch ich, haben später ähnliche Arbeiten mit unterprivilegierten Jugendlichen gemacht. In Hamburg holten wir z. B. 1973 Jugendliche aus Heimen raus, die dann mit uns zusammen das Haus in der Ekhofstraße besetzten und militant verteidigten.

Ein knappes Jahr später, am 10. April 1968, schoss ein durch die Springer-Presse, Berliner Senat und Bundesregierung aufgehetzter Arbeiter auf den bekanntesten Sprecher der Außerparlamentarischen Opposition (APO) Rudi Dutschke und verletzte ihn lebensgefährlich. An diesem Tag nahm ich mit Freunden an meiner ersten Demonstration teil, gemeinsam blockierten wir den Springerverlag in Hamburg, um die Auslieferung dieser Hetzblätter zu verhindern. Ulrike begleitete diese Aktionen nicht nur journalistisch, sondern war selbst auf der Straße. Im Grunde fing sie schon damit an, die Aufhebung von Kopf- und Handarbeit zu praktizieren und damit die Fessel und damit den Bruch des bürgerlichen Leben zu forcieren.

Ende des Jahres 1968 wurde deutlich, dass diese anti-autoritäre Bewegung an Grenzen stieß. Sie splitterte sich in verschiedene Organisationen auf. Schon in dieser Zeit berichtete sie in "Konkret" über eine Aktion gegen Kaufhäuser. Andreas Baader und Gudrun Ensslin und zwei weitere Männer zündeten aus Prostest gegen den Konsumterror und den Vietnamkrieg 2 Kaufhäuser in Frankfurt an. Sie wurden alle zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt

Ulrike schrieb in "Konkret" 14/1968 dazu: „Das progressive Moment einer Warenhausbrandstiftung liegt nicht in der Vernichtung der Waren, es liegt im Gesetzesbruch... Es bleibt aber auch, was Fritz Teufel auf der Delegiertenkonferenz des SDS gesagt hat: es ist immer noch besser, ein Warenhaus anzuzünden, als ein Warenhaus zu betreiben. Fritz Teufel kann manchmal wirklich sehr gut formulieren.“

Anfangs war diese Kaufhausaktion in der Protestbewegung sehr umstritten, selbst der SDS, die radikalste Studentenorganisation, distanzierte sich. Das änderte sich und Ulrikes Artikel haben bestimmt dazu beigetragen. Es zeigt sich an diesem Artikel aber auch, dass über die Anwendung von revolutionären Interventionsmethoden breit diskutiert wurde, d. h. die später entstehenden bewaffneten Gruppen wie die RAF oder die „Bewegung 2. Juni“ waren Ergebnisse davon und agierten weltweit mit anderen Guerillagruppen gegen den Imperialismus. Das Zitat von Fritz drückt auch aus, dass das Leben im Kapitalismus für viele damals keine Perspektive war, im Grunde das, was heute mit „Kapitalismus tötet!“ bezeichnet wird.

RAF

Am 14. Mai 1970 wurde Andreas Baader, der wegen der militanten Aktion gegen Kaufhäuser eingesperrt war, in Berlin befreit. Das ist sozusagen die „Geburtsstunde“ der RAF. Als Gefangene sagte Ulrike Meinhof 1974 im Prozess dazu: „unsere aktion am 14. mai 1970 ist und bleibt die exemplarische aktion der metropolenguerilla. in ihr sind/waren schon alle elemente der strategie des bewaffneten, antiimperialistischen kampfes enthalten: es war die befreiung eines gefangenen aus dem griff des staatsapparats. ....war exemplarisch, weil es im antiimperialistischen kampf überhaupt um gefangenenbefreiung geht, aus dem gefängnis, dass das system für alle ausgebeuteten und unterdrückten schichten des volkes schon immer ist und ohne historische perspektive als tod, terror, faschismus und barbarei;“

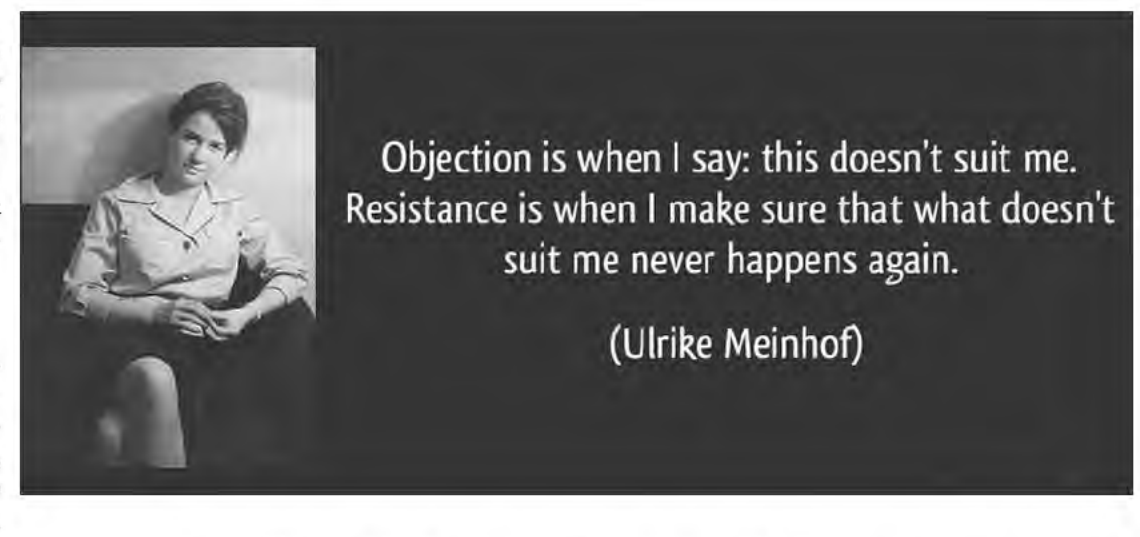
Ulrike kannte ich ja nicht persönlich, sondern nur durch ihre Artikel. Ich konnte trotzdem ihren Schritt in die RAF gut nachvollziehen. Sie redete nicht nur von Umsturz, sondern versuchte, das auch praktisch werden zu lassen.

Des-Informationspolitik der Herrschenden

Viele Militante hatten Kinder: Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ilse Schwipper oder Willy Peter Stoll. Natürlich versuchten oft die Medien, Polizei und Geheimdienste, die Militanten generell wegen ihrer Kinder zu erpressen und/oder zu diffamieren. Das betraf auch Ulrike. Einmal, weil sie selbst zu den Waffen griff und zum Anderen, weil sie als Frau ihre Kinder zurück ließ. Tauchten KämpferInnen ab, um den Kampf mit anderen Mittel weiterzuführen, sorgten sie dafür, dass es für die Kinder eine gute Lösung gab. Wenn die Kontakte auf Grund dieser Bedingungen beendet werden, ist es für beide Seiten nicht einfach, eine optimale Lösung für die Eltern und Kinder zu finden.

Klar war, die zurückgelassenen Kindern sollten gut unterkommen, sei es bei linken GenossInnen oder korrekten Verwandten. So erzählte der kommunistische Schriftsteller Christian Geissler in einem Radiointerview 2005, dass sich Ulrike kurz vor ihrem Schritt in die RAF viele Gedanken um ihre zurückgelassene Kinder machte. So sollten ihre Kinder in ein Palästinenserlager gebracht werden, was be-

kanntlich durch Stefan Aust, der eng mit den Geheimdiensten zusammenarbeitet, verhinderte wurde. Nach der Verhaftung von Illegalen wurde teilweise der Kontakt zu den Kindern wieder aufgenommen.



Was tun

Ich hatte ja schon die Zersplitterung der radikalen Linken Ende der sechziger Jahre angesprochen: viele gingen in die SPD oder DKP und Andere gründeten kommunistische Gruppen. All diese Ansätze waren entweder opportunistisch und/oder revisionistisch. Kurzum, sie hatten nichts mehr mit den progressiven Inhalten der APO zu tun: anti-kapitalistisch, antagonistisch und internationalistisch.

Wir hingegen versuchten, unsere Praxis mit der Politik der Guerilla zu verbinden. Da war es nur konsequent, die Gefangenen aus der RAF aus den Isolationsbunker heraus zu kämpfen. Ich schloss mich deshalb den „Komitees gegen Folter an den politischen Gefangenen in der BRD" an. Nach der Festnahme zahlreicher Mitglieder aus der RAF wurde mit strikter Isolation und Sonderbehandlung versucht, die Gefangenen zu brechen und zu zerstören. Ulrike wurde am 15. Juni 1972 in Hannover durch Verrat verhaftet.

Die Weggesperrten aus der RAF wurden in verschiedenen Knästen vollständig isoliert. Ulrike z. B. wurde im „Toten Trakt", d. h. in einem leeren, unbelegten, von der restlichen Anstalt auch räumlich isolierten Trakt der JVA Köln-Ossendorf, eingesperrt. Sie wurde von jeglicher Außenwelt akustisch und visuell abgeschnitten. Ihre Zelle war vollständig weiß gestrichen. Es war ihr verboten, Bilder, Kalender o. ä. an die Wände zu hängen. Das Fenster ließ sich gar nicht, später nur einen winzigen Spalt, öffnen, davor engmaschige, kaum durchsichtige Fliegengaze. Die Neonbeleuchtung wurde auch nachts nicht abgeschaltet. Im Winter war die Zelle permanent unterkühlt.

Zu den Wirkungen dieser wissenschaftlich ausgeklügelten „Weißen Folter" schreibt Ulrike Meinhof in einem Brief: „Das Gefühl, es explodiert einem der Kopf ... Das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn gepresst, das Gefühl, das Gehirn schrumpelt einem allmählich zusammen, wie Backobst z. B., das Gefühl, man stünde ununterbrochen, unmerklich, unter Strom, man würde ferngesteuert - das Gefühl, die Assoziationen würden einem weggehackt - das Gefühl, die Zelle fährt. .... Rasende Aggressivität, für die es kein Ventil gibt. Das ist das Schlimmste. Klares Bewusstsein, dass man keine Überlebenschance hat; völliges Scheitern, das zu vermitteln; ... Das Gefühl, es sei einem die Haut abgezogen worden."

Uns gelang es durch zahlreiche Aktionen, neben Ulrike die insgesamt acht Monate da drin war, auch Gudrun Ensslin, die mit ihr drei Monate zusammen im Toten Trakt isoliert war, heraus zu holen. Isolationsfolter wurde also systematisch 1972 gegen die Gefangenen aus der RAF, der „Bewegung 2. Juni" und später auch gegen Gefangene aus dem anti-imperialistischen Widerstand angewandt.

Die Inhaftierten kämpften dagegen in zehn kollektiven Hungerstreiks gegen die rigiden Bedingungen. Wir konnten trotz unseres vielfältigen Widerstandes weder die Isolation stoppen, noch verhindern, dass neun Gefangene aus diesen Zusammenhängen den Knast nicht überlebten.

Der Tod Ulrike Meinhofs

Am 8. Mai 1976 wird Ulrike Meinhof in ihrer Zelle tot aufgefunden. Eine internationale Untersuchungskommission, die im übrigen durch die deutschen Behörden auf verschiedenste Art und Weise behindert wird, kommt u. a. zu folgendem Ergebnis:

„Die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, ist nicht bewiesen, und die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission legen nahe, dass sich Ulrike Meinhof nicht selbst erhängen konnte. Die Ergebnisse der Untersuchungen legen vielmehr den Schluss nahe, dass Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte, und es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tod hinweisen. ... jeder Verdacht (ist) gerechtfertigt angesichts der Tatsache, dass die Geheimdienste - neben dem Gefängnispersonal - Zugang hatten zu den Zellen des 7. Stocks, und zwar durch einen getrennten und geheimen Eingang."

Trotzdem wurde und wird offiziell und medienwirksam Ulrike Meinhofs Tod als Selbstmord dargestellt.

Was bleibt

Sei es die Ausbeutung und die Kriege im Trikont, im Inneren die Gewalt und die Unterdrückung auf den Straßen, die Verschärfung in den Heimen und den Knästen - gegen all das hat sich Ulrike gewehrt. All diese Bedingungen haben sich nicht verbessert, sondern in den letzten 25 Jahren eher noch verschärft und warten auf revolutionäre Veränderungen!

So wird die Isolation „Made in Stammheim" auch weiterhin gegen Gefangene hier eingesetzt. Die Maßnahmen bekommen vor allem die §129b Gefangenen und die rebellischen Eingesperrten zu spüren. Die Isolationsfolter wird von der BRD in andere Länder exportiert, wie im Sommer nach Griechenland.

Das alles sind Gründe, gegen die Ulrike mit Anderen kämpfte, es liegt an uns, diesen Kampf um Befreiung weiter zu führen.

Machen wir uns keine Illusionen, der Weg dahin wird lang und hart sein!

"was die herrschende klasse an uns hasst, ist, dass die revolution trotz hundert jahre repression, faschismus, antikommunismus, imperialistischer kriege, völkermord wieder ihren kopf erhebt"

Aus der Rede von Ulrike am 13. 09. 74 vor Gericht in Berlin wegen der Befreiung von Andreas Baader

Ulrike lebt!

Redaktion des Gefangenen Info

DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

28. August: Besetzung einer Brachfläche, Schützenstraße

Im Rahmen der Squatting Days wurde am Donnerstag, den 28.8., gegen 16:00 Uhr die brachliegende Fläche an der Schützenstraße/Leverkusenstraße kurzerhand wieder zum Bauwagenplatz erklärt. 7 Laster, 3 Trecker, Gulaschkanone, Anhänger und insgesamt rund 450 Menschen belebten die Fläche mit Vokü, Musik und Getränken. Viele Aktivist_innen verschiedenster Zusammenhänge trugen mit spontanen Ideen, Aktionen und Rahmenprogramm zu einer ausgelassenen Stimmung bei, bevor sie am Abend gegen 23:30 Uhr von der Polizei geräumt wurden.
Hintergrund: Auf der selben Fläche existierte bis 2002 der Bauwagenplatz „Schütze". Dieser wurde im Zuge der law-and-order Politik des damaligen Innensenators Schill ebenso wie die Plätze „Paciusweg" (2002), „Bambule" (2002) und „Wendebecken" (2004) geräumt. , die Fläche wird bis heute jedoch nicht anderweitig genutzt. Sie steht leer – wie so viele Flächen in Hamburg, auf denen es auch Bauwagenplätze geben könnte. 2011 wurde die Fläche dann von der Gruppe Zomia kurzfristig besetzt und ebenfalls wieder geräumt. Doch weiterhin passiert nichts mit dem schönen Grundstück. Aus diesem Grund beschlossen wir, einige Aktivist_innen aus der Wagenplatzszene, einen weiteren Versuch zu starten und besetzten die Fläche im Rahmen der Squatting Days erneut. Mit der Aktion sollte auf die prekäre Situation von Bauwagenplätzen aufmerksam gemacht werden. (…)Die letzte Besetzung der Schützenstraße wurde am späten Abend durch die Polizei beendet, die mit einem überdimensionalen und unverhältnismäßigen Aufgebot anrückte und sich weder kompromiss- noch gesprächsbereit zeigte. Alle sich zu dieser Zeit noch auf der Fläche befindenden Menschen (weit über 100!!!) durften das Gelände nur unter Personalienfeststellung verlassen und ihnen wurde mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch gedroht. Drei Aktivist_innen, die sich weigerten, ihre Personalien abzugeben, wurden in Gewahrsam genommen und später einer Erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen. Außerdem gab es einige Verletzte, darunter eine Person mit Rippenbrüchen, eine weitere mit Gesichtsquetschungen.
Solltet ihr wegen der Besetzung Post von Polizei oder Staatsanwaltschaft bekommen, meldet euch bitte beim EA! (...)

29. August: Besetzung einer Zollstation am Reiherstieg-Hauptdeich in Wilhelmsburg



8. September: Angriff auf die Häuser von 3 SPD Politiker_innen (DOKU)

Aufenthalt der "Lampedusagruppe" in Hamburg durchsetzen!
- SPD Wahlkampf angreifen
- Schanzenviertel-Refugee-Welcome Fest am 28.9. besuchen!

Am 8.9.2014 haben wir die Häuser von drei Politiker_innen des Hamburger SPD Parteivorstandes mit Farbe und Steinen beworfen. Bei Schwinke haben wir zusätzlich ein Feuer auf der Straße entfacht.

Für weitere Kontaktaufnahmen die Anschriften:
Karl Schwinke, Kreisvorsitender von Wandsbek, Kuhredder 71
Milan Pein, Kreisvorsitzender von Eimsbüttel, An der Lohbek 3
Melanie Leonhard, stellvertretende Parteivorsitzende, Baererstraße 86

Mit voller Rückendeckung der Hamburger SPD steuert Bürgermeister Scholz die Bürgerschaftswahl im Februar 2015 an. Seine nicht eingehaltenen Versprechen bezüglich des Wohnungsbaus in Hamburg und die unnachgiebige Haltung gegenüber der "Lampedusagruppe" haben ihm bisher in der Partei nicht geschadet - von einer Opposition gibt es keine Spur. Wir haben mit den heutigen Farbattacken unsererseits den Wahlkampf eröffnet und hoffen auf viele engagierte Mitstreiter_innen, die der SPD den Herbst und Winter hier versauen. Im Frühling nutzten schon einige die Konfrontationsgelgenheiten im Europa- und Bezirkswahlkampf. Eine weitere gute Möglichkeit antirassistischer Mobilisierung bietet das diesjährige Schanzenfest am 28.9., welches sich inhaltlich als "refugee welcome fest" begreift.

- Um Europa keine Mauer, Bleiberecht für alle!
- Keine Auslieferung von Bernhard Heidbreder aus Venezuela an Deutschland! Die Verfolgungsbehörden wollen ihn wegen eines versuchten Anschlages der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. auf den Abschiebeknast Berlin Grünau 1995 vor Gericht zerren. Schade, dass die Sprengung damals nicht geklappt hat! Ob 1995 oder 2014, Antirassismus muss praktisch werden!
- Solidarität mit den im Rahmen der Hausbesetzung in der Breite Straße in Hamburg Verhafteten!



13. September: Sponti in Solidarität mit Jakob und allen Beschuldigten der Hausbesetzung in der Breite Straße

Am 13.09.14 gab es auf St. Pauli eine spontane Demonstration aus aktuellem Anlass. Auf dem mitgeführten Transparent war zu lesen: "Freiheit für Jakob", "Solidarität mit allen Beschuldigten der Breite Straße".
In der Breite Straße hatte es am 27.08.14 eine Hausbesetzung gegeben, welche dazu geführt hatte, dass zunächst 5 Beschuldigte festgenommen worden waren. 2 von Ihnen saßen bis zu Ihrer Haftprüfung am 10.09 und 11.09.14 in Untersuchungshaft. Die U-Haft gegen Jakob wurde nicht aufgehoben und er sitzt also weiterhin hinter den Gittern der JVA Hahnöfersand.

An der Sponti beteiligten sich +/- 30 Menschen. Es wurden durchgehend Parolen gerufen wie: "Freiheit für Jakob ist doch klar, ... Besetzung wunderbar", "Freiheit für alle Gefangenen", Breite Straße super Aktion, Feuer und Flamme der Repression", Schloss für Schloss, Stein für Stein, reißen wir die Knäste ein", "...". Die Szene war von etwas Pyrotechnik untermalt und es wurden Flyer an die Passant_innen verteilt, die am Straßenrand standen und zum Teil Dinge sagten wie: "Ach das war doch die Geschichte...". Nach ca. 15 min wurde die Demo von einer plötzlich auftauchenden Reihe Cops gestoppt, welche Riotgear angelegt hatten. Darauf hin zerstreute sich der kleine Haufen und verschwand in alle Himmelsrichtungen.

Bleibt zu hoffen, dass dies nur eine von vielen Solidaritätsbekundungen sein wird. Schreibt dem Gefangenen und zeigt den Betroffenen von Repression im Zusammenhang mit der Hausbesetzung in der Breite Straße auf Euch zusagende Art und Weise, dass sie nicht alleine sind.

:: AKTIONEN :: STRIKE BACK :: HIT IT

17. September: Lampedusa in Hamburg - Besetzung der SPD Zentrale

Am 20.09.2014 wurde der Eingangsbereich der Hamburger SPD Zentrale von einer Gruppe von um die 30 MitgliederInnen der Gruppe Lampedusa in Hamburg sowie UnterstützerInnen besetzt. Sie forderten u.a direkte Gespräche mit dem Hambürger Bürgermeister über ihre Zukunft, eine Stellungnahme zum Tod von Samuel Mensah und Francis Kwane, sowie das Ende der rassistischen Kontrollen gegen Flüchtlinge. Die Bullen haben die Aktion in der SPD Zentrale beendet, von allen Beteilgten die Personalien festgestellt und die meisten Beteiligten auf eine Bullenwache mitgenommen. Lampedusa-HH schreibt:

Gestern haben wir beschlossen, die SPD-Zentrale von 10:00 - 13:30h zu besetzen. Die Polizei hat gewaltsam geräumt und 20 Leute in Gewahrsam genommen. Zehn davon waren aus unserer Gruppe, bei dem Rest handelte es sich um Leute, die zur unserer Unterstützung gekommen waren. Wir haben trotz des martialischen Polizeiaufgebots mit ihrem Kriegsgerät unseren Protest vor der Polizeiwache fortgeführt. Um 16:45 sind alle Leute freigekommen, außer 3 Leuten die einbehalten wurden weil ihnen vorgeworfen wurde, wegen anderen Sachen gesucht zu werden. Eine dieser drei Personen ist kurz danach freigekommen, hat jedoch seine Dokumente, die ihm Aufenthalt in der EU gewähren, von den Beamten nicht zurückbekommen. Als er zur Wache zurückkehrte um die Aushändigung seiner Papiere einzufordern, wurde die Person erneut eingesperrt unter dem Vorwurf, vor 8 Monaten illegal eingereist, in München festgesetzt und daraufhin geflohen zu sein. Zu unserer Überraschung durfte er uns gegen 22:00 telefonisch kontaktieren. Die Polizeibeamtin erzählte ihm vorher jedoch noch, was ihn erwarte: 50 Tage Knast mit anschließender Abschiebung nach Italien. Jedoch könne dies durch eine Zahlung von 250,-€ abgewendet werden. Unser Freund konnte eine Person aus dem Unterstützer_innen-Kreis kontaktieren; diese reagierte schnell und konnte ihn durch Zahlung der Summe befreien! Durch unseren ZUSAMMENHALT und unsere SOLIDARITÄT konnten wir dies erreichen! Einen großen Dank von meiner Seite an alle Unterstützer_nnen die uns in unseren Kämpfen supporten. Lampedusa in Hamburg fordert die Schaffung von Gesetzen, die Grundrechte und Menschenwürde wahren!"





6. Oktober: DESTROIKA - Aktionen gegen Business-Club, Wirtschaftsbehörde und Griech. Konsulat (DOKU)

Als Zeichen unseres entschiedenen Widerstands gegen die Politik der EU und Troika haben wir in der Nacht vom 5. auf den 6.10. das Büro der Schiffahrtsabteilung des griechischen Generalkonsulats in Hamburg (Hansastraße 21), vom 8. auf den 9.10. den Business-Club Hamburg an der Elbchaussee 47 und in der Nacht vom 11. auf den 12.10. die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Stadt Hamburg (Alter Steinweg/Wexstraße) mit Farbe und Steinen angegriffen.

DESTROIKA -
Heute lokal, morgen Frankfurt!

Dies ist ein erster Vorgeschmack auf den Tag X, wenn das neue Gebäude der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main eingeweiht wird.

Das autoritäre Krisenprogramm der Troika zielt auf eine beschleunigte Konzentration der Macht, Privatisierung, Bedienung rassistischer Ressentiments etc. ab und hat eine massive Verelendung in den bisher betroffenen Ländern ausgelöst.
Deutschland als maßgeblicher Taktgeber sichert seiner Wirtschaft dabei die Pfründe und profitiert fleißig.
Griechenland ist prominentes Beispiel der fatalen Auswirkungen der von der Troika aufgezwungenen und vom griechischen Staat durchgeführten Einsparungspolitik. Breite Bevölkerungsschichten können sich keine medizinische Versorgung mehr leisten, nicht wenige hungern und sind obdachlos. Die Arbeitslosigkeit liegt mittlerweile bei knapp 30%, Hafenarbeiter_innen haben z.T. Lohnkürzungen von 45 % hinnehmen müssen, während Reedereien und Hafenunternehmen deutliche Gewinne verzeichnen, aber praktisch vom Staat von Abgaben befreit wurden.
Regierungen kommen und gehen, die Kontinuität wird durch die Schreibtischtäter_innen in den Behörden gesichert. So werden viele Entscheidungen nicht nur in der Politik sondern besonders in den Behörden wie der Wirtschaftbehörde getroffen und umgesetzt. Sie sind Akteure in den Krisen und Wegbereiter von Wirtschaftsinteressen und von Großprojekten, die in der Regel mit Aufwertung und Verdrängung einhergehen.
Wirtschaftliche Interessen durchzusetzen ist auch das Ziel des Business-Club, in dem sich Krisenprofiteur_innen zusammenrotten und neue Strategien zur Gewinnmaximierung absprechen. Auch unser rassistischer Bürgermeister Olaf Scholz lässt sich dort gern mal blicken, um seine Polemiken zu verbreiten.

Tragen wir die Krise zurück in die Zentren der Profiteure und Akteure!
Hamburg ist ein solches Zentrum. Mit 42000 Millionären und 18 Milliardären steht die Stadt im europäischen Vergleich in Bezug auf die Einwohner_innenzahl damit an der Spitze.

Wir sehen die Chance, die verschiedenen emanzipativen Kämpfe in Europa mit den Protesten gegen die EZB zusammenzuführen.

Unsere Farbe und unsere Steine sind vorerst nur einzelne Tropfen und leicht vergessen. Die Wut dahinter aber besteht an vielen Orten und wird sich zur fantastischen Flut des Widerstands verbinden.
Mit uns ist zu rechnen!

PS: Wir unterstützen mit dieser Aktion auch die Forderung von Lampedusa Hamburg nach einem bedingungslosen und kollektiven Bleiberecht in Hamburg!

PPS: Olaf, der WahlKAMPF ist eröffnet!

DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

14. Oktober: Besetzung des Hamburger Rathaus, Soli für Kobane/Rojava

Aus Solidarität mit der kämpfenden Bevölkerung in Kobane/ Rojava wurde heute für 30min das Hamburger Rathaus besetzt. „Wir wollen nicht mehr tatenlos zusehen, wie in Syrien der IS mit aller Macht den kurdischen Kanton Kobanê angreift, um mit Unterstützung des NATO-Partnern Türkei die demokratische autonome Selbstverwaltung in den kurdischen Gebieten (Rojava) zu vernichten. Hierbei macht sich auch die deutsche Bundesregierung durch untätiges Zuschauen schuldig." hieß es in der Erklärung der Besetzenden. 30 Personen aus unterschiedlichen linken Gruppierungen, der Kampagne Tatort Kurdistan und junge Gewerkschafter*innen beteiligten sich an der Aktion.

Nach dem Eintreffen der Presse wurde das Rathaus ohne Personalienfeststellung wieder verlassen und die Besetzenden und weitere solidarische Menschen hielten noch eine spontane Kundgebung ab, verteilten hunderte Flugblätter und hielten Redebeiträge.
Mit der heutigen Aktion, wurde ein Zeichen der internationalen Solidarität gesetzt.

Alle Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen, von Antifa bis Gewerkschaft, sind dazu aufgerufen sich am Widerstand der kurdischen Organisationen in der BRD zu beteiligen und vorallem auch eigenständig aktiv zu werden, um den Druck auf der Straße noch weiter zu erhöhen.
Lasst das Schweigen der etablierten Politik nicht zu und tragt den Protest vor ihre Haustüren!
Setzt euch ein für die demokratische Autonomie in Rojava, dass legitime Recht auf Selbstverteidigung und gegen Krieg und Terror durch IS und Türkei.

Initiative Hamburg für Kobane/Rojava, 14.10.2014

Inhaltliche und aktuelle Infos zu Rojava/Kurdistan:

http://civaka-azad.org [Büro für Öffendichkeitsarbeit, Civaka Azad, Frankfurt/M.]

http://isku.org [Informationsstelle Kurdistan e.V., Hamburg]

http://kurdistan-report.de [Kurdistan Report, 2x monatlich, Hintergrundartikel zur kurdischen Bewegung]

Hier könnte eure Aktion stehen!



anti-atom

Gorleben ist überall - an über 100 Orten in der brd lagert Atommüll

Es ist still geworden um den Atommüll, und selbst der für 2015 angekündigte Rüktransport von Castoren aus Frankreich ist auf frühestens 2016 verschoben worden. Aktuell findet sich einfach kein Bundesland, das bereit wäre, neben dem Atommüll auch den mit den Transporten verbundenen Widerstand in Kauf zu nehmen. Wenn die alte Anti-AKW-Weisheit stimmt, dass mensch mit dem Widerstand gegen einen aktuellen Transport nicht diesen, sondern vor allem den nächsten Transport verhindert bzw. verzögert, dann war der Widerstand gegen den letzten Transport 2011 sehr erfolgreich. Ohne offiziellen Transportestopp wie 1998 haben wir bislang drei Jahre lang jegliche Castortransporte verhindert. Wer hätte 1996 beim ersten Castor von Philipsburg nach Gorleben gedacht, dass sich die brd einmal über mehrere Jahre nicht in der Lage sehen würde, Castortransporte durch zu setzen. Der damalige Slogan „SS+, alles wird teurer", ist in den kommenden Jahren konsequent umgesetzt worden. Für 27 Mio Euro (55 Mio DM) bekommt mensch heute nicht mal die Behälter – geschweige denn deren Transport – finanziert.

Nach 2011 war den Regierenden klar, dass vor allem der politische Preis dieser Transporte selbst für Konservative in diesem Land einfach zu hoch ist. Ein Ausweg soll nun eine „neue" Endlagersuche darstellen, die wahrscheinlich wieder auf Gorleben herausläuft, aber über eine Kommission den gesellschaftlichen Konsens dafür organisieren soll.

Seit Mitte diesen Jahres tagt also die „Endlagerkommission" in Berlin, um diesen Konsens herzustellen. Neben verschiedenen Parteienvertretern sitzen dort auch WissenschaftlerInnen, Kirchenvertreter und Geschwerkschaftler. Dass die Kommission ernst zu nehmen ist, zeigt sich schon daran, dass die Atomlobby eine ganze Reihe ihrer Spitzenleute als Wissenschaftler getarnt in die Kommission gesandt hat (https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/atom-muell/kommission/mitglieder.html), wie z.B. den Ex Vattenfall Manager Bruno Thomauske oder den Institutsleiter des „Kernforschungszentrums Karlsruhe", Armin Grunwald.

All das war absehbar, und so hat sich die Anti-AKW-Bewegung nach einigen intensiven Treffen, den Atommüllkonferenzen, klar und einstimmig entschieden, nicht an der Kommission teil zu nehmen. Darüber hinaus hat eine Recherche-AG seit drei Jahren bundesweit nach weiterem Atommüll gesucht und ist erschreckend häufig fündig geworden. An über 100 Orten in der brd lagert Atommüll, z.T. in sehr unerwarteter Form. Eines ist jetzt schon klar: Mit ihrer Fixierung auf den hochradioaktiven Müll aus Gorleben wird die "Endlagerkommission" dem Problem in keinster Weise gerecht. Die Frage, die dort bearbeitet wird, wird nicht nur von den falschen Leuten diskutiert, es ist schlichtweg die falsche Frage. So wird dort z.B. nicht über die Hinterlassenschaften des Uranbergbaus in Sachsen, das abgereicherte Uranhexafluorid in Gronau oder die Schrottfässer in Brünsbüttel geredet. Im September hat der Zusammenschluss der Endlagerinitiativen den „Atommüllreport" (atommuellreport.de) veröffentlicht und sich auf den Weg gemacht, an all den dort aufgeführten Standorten über die Situation zu informieren und Widerstand zu organisieren (http://atommuell-alarm.info).

Angesichts des hochdotierten Personals der "Endlagerkommission" ist klar, dass es dort ein Ergebnis geben wird, welches dann mit aller Gewalt durchgesetzt werden soll. Die Bewegung tut also gut daran, die Hände nicht in den Schoß zu legen, sondern die Zeit bis zu den Entscheidungen der parlamentarischen Ebene zu nutzen, um den Widerstand zu organisieren. In Hamburg gab es bereits eine Reihe von Infoveranstaltungen, zuletzt verteilte die BI unter dem Motto "Kartoffeln statt Atommüll lagern" Biokartoffeln aus dem Wendland auf dem AchidiJohn Platz und gab gleichzeitig die Kampagnenzeitung mit, die mensch gut lesen kann, so lange ie Kartoffel kochen. Wer nicht auf die nächste Ernte warten mag, sondern sich jetzt schon informieren will, kann auf http://atommuell-alarm.info weitere Informationen zur Kampagne finden.



Flora Termine

Sa 01.11., Party
25 Jahre Rote Flora Birthday Clash - Eine für alle - alle für eine
DJs (89er/80er): Susi Sorglos, M Punkt Messer, DJ Dancy Dance Explosion, Minibar Moralia.
Dazu Punkrock-Kneipe, Infostände, Tombola und vegane Snacks.
22 Uhr

Mi 05.11., Konzert
Street Eaters: Truewave//Punk aus Berkeley/USA
+ weitere Band
20.30 Uhr

Do 06.11., Konzert
Crystal Soda Cream (Post-Punk/Wave aus Wien)
Sleazy Pictures of Teapee (Anti-Sound Art aus HH)
20.30 Uhr

Fr 07.11., Konzert
Mono für Alle! (Electropunk aus Gießen)
20 Uhr

Sa 08.11. Kongress
Bullenwagen klauen und Adorno rezitieren?
ab 13 Uhr
18 Uhr Podiumsdiskussion

Fr 14.11., Konzert
Schwach (HC-Punk aus Berlin)
Bar ren Land (HC-Punk aus dem Ruhrpott)
Beate X Ouzo (HC-Punk/Trash aus dem Sauerland)
Custom Gauge (Punkrock/HC aus dem Sauerland)
21 Uhr

Mi 19.11., Konzert
Give (HC aus Washington DC/USA)
+ weitere Band
20.30 Uhr

Fr 28.11., Party
The Panda strikes back:
Große Antifa-Soli-Sause. DJ Susi Sorglos u.a. (Trash/80er/90er).
Dazu Ballonbombe und Pandabären-Riot-Force.
23 Uhr

Di 30.12., Konzert
Praise (HC-Punk aus Baltimore/USA)
Vicious x Reality (HC aus Polen)
20.30 Uhr

Floragruppen

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

druck machen: die siebdruckwerkstattder roten flora existiert seit 1989! nach dem derzeitigen umbau wird die werkstatt in neuen räumen im ersten stock voraussichtlich im winter 2014 wieder eröffnet.

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags und sonntags um 13 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!